

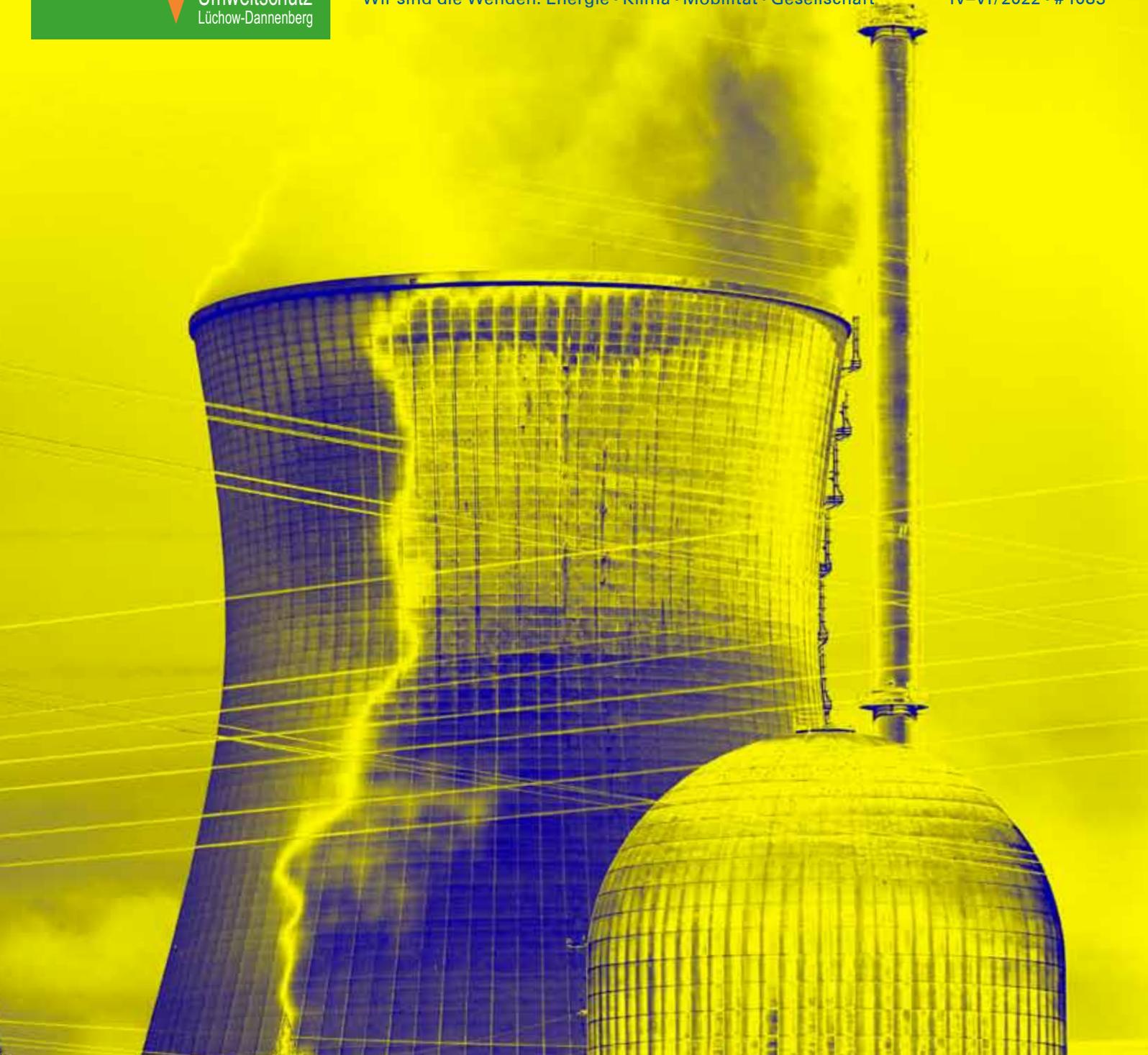


**Bürger
initiative**
Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg

Gorleben Rundschau

Wir sind die Wendeln: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft

IV-VI/2022 • # 1083



Moskau

Sollte Deutschland zurück zur Atomkraft – oder auch nach Putins Invasion weiter auf russisches Gas setzen? Eigentlich weder noch, aber ohne Energiebrücke wird es nicht gehen.

Paris

Vor allem Frankreich ist darum bemüht, die Atomkraft als nachhaltige Form der Energiegewinnung zu klassifizieren. Dr. Eva Stegen prophezeit Paris einen Atomausstieg „by disaster“.

Gorleben

Feiern, dass das Atomzeitalter zuende geht, wachsam sein, dass die Hinterlassenschaften sicher verwahrt werden. Der kommende Sommer wird so oder so heiß!



Ein deutliches Zeichen für Frieden in der Ukraine haben Landwirte mit ihren Traktoren im Wendland gesetzt. Die beleuchteten Schlepper haben sich auf einem Feld bei Sallahn zu einem riesigen PEACE Zeichen aufgestellt. Landwirte von „Land schafft Verbindung“ haben die Aktion geplant.

Foto Cover: PubliXViewing; Foto S. 2: FS Fotografie - Florian Schulz - www.fsfotografien.de; Foto S. 3: PubliXViewing

Impressum

44. Jahrgang
Ausgabe 1083
April, Mai, Juni 2022

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V.

Kontakt
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
Telefon: 05841-4684

Mail und Internet
service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben
Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)
Andreas Conradt (ac)
Torsten Koopmann (kp)
Adresse wie vorstehend

Redaktion
Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh),
Wilma Wallat (ww)

Produktion
Layout: Andreas Conradt
Korrektur: Wilma Wallat

Druck, Papier, Farben
dieUmweltdruckerei GmbH, Hannover
Recyclingpapier: Circle Offset Premium White
Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Weitere Text- und Bildrechte
wie namentlich gekennzeichnet

Copyright, Syndication



Mit dem nebenstehenden Symbol gekennzeichnete Artikel stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen bei Nennung des/der Autor/-in mit dem Zusatz „/Gorleben Rundschau“ frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

ACHTUNG: Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de



Martin Donat ist erster Vorsitzender der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

Mit dem Werk Wolfgang Borcherts versuchte meine Mutter schon sehr früh, mir das Kriegstrauma meines Vaters nahe zu bringen und damit auch ihr eigenes, das eingebrannte Trauma einer ganzen Trümmergeneration. „Sag Nein!“ wurde zum Credo in dem klaren Bewusstsein, dem Volk der Täter zu entstammen, das über die unfassbare Shoa und den Porajmos, über Euthanasie und Rassenwahn hinaus auch millionenfachen Tod in seinen verbrecherischen Angriffskriegen über die Völker der Welt gebracht und die Städte Europas in Schutt und Asche gelegt hatte.

Es zerreißt das Herz, mitten im 21. Jahrhundert Millionen Alte, Frauen und Kinder auf der Flucht erleben und die Logik ertragen zu müssen, nach welcher Männer zurück an die Front geschickt werden. Es zerreißt die Seele, ein Menschenleben nach der Apokalypse des zweiten Weltkrieges wieder Städte inmitten Europas in Trümmer fallen zu sehen. Und es zerreißt mein Hirn, dass nach 77 Jahren wieder Waffen in genau jene Region gesandt werden, in der mein jugendlicher Vater erstmals in das Grauen des nationalsozialistischen Krieges gezwungen wurde. Eine Mahnung auf ewige Zeiten, hatten wir gedacht. Aber ich gestehe, dass ich einen verbrecherischen, totalitären Aggressor von anderswo

nicht in letzter Konsequenz mitgedacht hatte. In den Tiefen meiner Erinnerung erklingt Churchills Rede „Blood, Sweat, Tears“.

Natürlich war es richtig gewesen, nach dem Ende des kalten Krieges die Annäherung an Russland im fairen Handel zu suchen. Aber ebenso ist es nun angesichts der brutalen Fakten geboten, die in diesen Jahren entstandene Abhängigkeit sofort zu beenden. Unerträglich dabei unser Kriegs-Merkantilismus, auch nur einen Tag weiter die Waffen der anderen Seite zu finanzieren, während wir sie der einen liefern. Selbstverständlich müssen jetzt die schweren Versäumnisse der Ära-Merkel aufgeholt und unverzüglich der Ausbau der Erneuerbaren vorangetrieben werden. Aber das wirkliche Potenzial, welches sich darüber hinaus auch noch schnell realisieren ließe, liegt ohne Zweifel in der Energieeinsparung. Sollte es uns gelingen, den russischen Anteil an unserem Energieverbrauch von ungefähr einem Drittel sofort einzusparen, hätten wir nicht nur den Menschen in der Ukraine geholfen, sondern uns auch schlagartig unseren Klimazielen angenähert und damit auch zukünftigen Versorgungskriegen vorgebeugt. Dass derart große Einsparungen gar nicht so unrealistisch sind, zeigt beispielsweise die Anpassung der allgemeinen Fahrweise an die gegenwärtigen Benzinpreise, die zwar von Spekulationen der Erdölkonzerne bestimmt sind, aber noch weit von ihrem wirklichen Klimapreis entfernt liegen. Dass Atomkraft keinen Beitrag mehr zur Energielücke leisten kann, belegt nicht nur eine aktuelle Prüfung des Wirtschaftsministeriums. Atomare Anlagen erweisen sich darüber hinaus fast täglich als unmittelbare nukleare Bedrohung des Krieges in Europa.

„Verdunkeln für den Frieden“! Senken wir also unseren Energieverbrauch in allen Sektoren. Wir bleiben auch dann noch eines der reichsten Länder der Erde und weit von dem entfernt, was uns blühen könnte, wenn wir diesen Krieg weiter nähren oder unsere Klimaziele verfehlen.

Dann gibt es nur eins!

Du. Mann an der Maschine und Mann in der Werkstatt. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Wasserrohre und keine Kochtöpfe mehr machen – sondern Stahlhelme und Maschinengewehre. dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Mädchen hinterm Ladentisch und Mädchen im Büro. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst Granaten füllen und Zielfernrohre für Scharfschützengewehre montieren, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Besitzer der Fabrik. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst statt Puder und Kakao Schießpulver verkaufen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Forscher im Laboratorium. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst einen neuen Tod erfinden gegen das alte Leben, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Dichter in deiner Stube. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Liebeslieder, du sollst Haßlieder singen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Arzt am Krankenbett. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst die Männer kriegstauglich schreiben, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Pfarrer auf der Kanzel. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst den Mord segnen und den Krieg heilig sprechen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Kapitän auf dem Dampfer. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keinen Weizen mehr fahren – sondern Kanonen und Panzer, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Pilot auf dem Flugfeld. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst Bomben und Phosphor über die

Städte tragen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Schneider auf deinem Brett. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst Uniformen zuschneiden, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Richter im Talar. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst zum Kriegsgericht gehen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Mann auf dem Bahnhof. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst das Signal zur Abfahrt geben für den Munitionszug und für den Truppentransport, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Mann auf dem Dorf und Mann in der Stadt. Wenn sie morgen kommen und dir den Gestellungsbefehl bringen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Mutter in der Normandie und Mutter in der Ukraine, du, Mutter in Frisko und London, du, am Hoangho und am Mississippi, du, Mutter in Neapel und Hamburg und Kairo und Oslo – Mütter in allen Erdteilen, Mütter in der Welt, wenn sie morgen befehlen, ihr sollt Kinder gebären, Krankenschwestern für Kriegslazarette und neue Soldaten für

neue Schlachten, Mütter in der Welt, dann gibt es nur eins:

Sagt NEIN!
Mütter, sagt NEIN!

Denn wenn ihr nicht NEIN sagt, wenn IHR nicht nein sagt, Mütter, dann:

dann:

In den lärmenden dampfdunstigen Hafenstädten werden die großen Schiffe stöhnend verstummen und wie titanische Mammutkadaver wasserleichtig träge gegen die toten vereinsamten Kai-mauern schwanken, algen-, tang- und muschelüberwest den früher so schimmernden dröhnenden Leib, friedhöflich fischfaulig duftend, mürbe, siech, gestorben – die Straßenbahnen werden wie sinnlose glanzlose glasäugige Käfige blöde verbeult und abgeblättert neben den verwirrten Stahlskeletten der Drähte und Gleise liegen, hinter morschen dachdurchlöcherten Schuppen, in verlorenen kraterzerrissenen Straßen – eine schlammgraue dickbreiige bleierne Stille wird sich heranwälzen, gefräßig, wachsend, wird anwachsen in den Schulen und Universitäten und Schauspielhäusern, auf Sport-

und Kinderspielplätzen, grausig und gierig, unaufhaltsam – der sonnige saftige Wein wird an den verfallenen Hängen verfaulen, der Reis wird in der verdorrten Erde vertrocknen, die Kartoffel wird auf den brachliegenden Äckern erfrieren und die Kühe werden ihre totsteifen Beine wie umgekippte Melkschemel in den Himmel strecken – in den Instituten werden die genialen Erfindungen der großen Ärzte sauer werden, verrotten, pilzig verschimmeln – in den Küchen, Kammern und Kellern, in den Kühlhäusern und Speichern werden die letzten Säcke Mehl, die letzten Gläser Erdbeeren, Kürbis und Kirschsafte verkommen – das Brot unter den umgestürzten Tischen und auf zersplitterten Tellern wird grün werden und die ausgelaufene Butter wird stinken wie Schmierseife, das Korn auf den Feldern wird neben verrosteten Pflügen hangesunken sein wie ein erschlagenes Heer und die qualmenden Ziegelschornsteine, die Essen und die Schlote der stampfenden Fabriken werden, vom ewigen Gras zugedeckt, zerbröckeln – zerbröckeln –

dann wird der letzte Mensch, mit zerfetzten Gedärmen und verpesteter Lunge, antwortlos und



Wolfgang Borchert

einsam unter der giftig glühenden Sonne und unter wankenden Gestirnen umherirren, einsam zwischen den unübersehbaren Massengräbern und den kalten Götzen der gigantischen betonklotzigen verödeten Städte, der letzte Mensch, dürr, wahn-sinnig, lästernd, klagend – und seine furchtbare Klage: WAR-UM? wird ungehört in der Steppe verrinnen, durch die geborstenen Ruinen wehen, versickern im Schutt der Kirchen, gegen Hochbunker klatschen, in Blutlachen fallen, ungehört, antwortlos, letzter Tierschrei des letzten Tieres Mensch – all dieses wird eintreffen, morgen, morgen vielleicht, vielleicht heute nacht schon, vielleicht heute nacht, wenn – wenn – wenn ihr nicht NEIN sagt.

Dringend notwendig!

Ein Leid-Artikel von Andreas Conradt zur Situation und den Folgen des Kriegs gegen die Ukraine

In der Ukraine ist Krieg! Es herrschen Not und Tod, Gewalt und unfassbares Leid. Und niemand anderes trägt daran die Schuld als Russlands autokratisch regierender Präsident Wladimir Putin. Es mögen ja EU und NATO auch ihren Anteil an seinen Beweggründen haben, aber eine Invasion, nein: jede Form von Gewalt ist schlicht inakzeptabel, egal wie weit ein Konflikt schon gediehen ist.

Dieser Krieg stürzt uns in ein Dilemma: So sehr uns auch die Bilder aus Kiew und Mariupol emotional anpacken, sind wir doch entsetzlich hilflos. Was soll „der Westen“ tun? Eingreifen würde wohl einen Weltkrieg auslösen. Stillhalten lässt die Ukraine mit ziemlicher Sicherheit untergehen und Putins Pläne für Invasionen anderenorts reifen. Waffenlieferungen an die Ukraine sind moralisch bedenklich und vermutlich auch wirkungslos.

Insoweit kann man die Entscheidungen „des Westens“ schon nachvollziehen: Die schnell verhängten harten Sanktionen wirken zwar langsamer als Raketen und sind für die russische Bevölkerung eine schwere Bürde. Aber sie sind der ethisch am wenigsten verwerfliche Weg. Umso mehr stellen wir dieser Tage erschreckt fest, wie sehr auch wir „im Westen“, auch wir in Deutschland, das „System Putin“ über Jahrzehnte gefördert haben. Wie wir Aufrüstung in Russland durch unsere Gier nach Rohstoffen und unseren unbedingten Willen nach wirtschaftlicher Expansion gen Osten finanziert haben. Wir haben unsere Augen davor fest verschlossen.

Dabei war vielen im Land lange Zeit nicht klar, dass wir die Hälfte des Bedarfs an Kohle aus Russland beziehen. Auch der Import

von Öl aus Putins Reich war wenig bekannt. Gas? Ja, klar, die Diskussionen um die Pipelines haben dessen Import ins Bewusstsein gebracht. Und die Herkunft von Uran und Brennstäben ist uns von der Bürgerinitiative im Wendland schon „von Berufs wegen“ bewusst gewesen. Dagegen hat die Anti-Atom-Bewegung vielfach protestiert, spätestens jetzt ist es aber an der Zeit, auch den Import fossiler Rohstoffe so schnell wie möglich zu reduzieren – und das längst nicht nur wegen Putins Kriegsfantasien. Dafür müssten wir zwei parallele Wege beschreiten: einerseits kurzfristig und langfristig umsetzbare staatliche Maßnahmen wie autofreie Sonntage, ein Tempolimit auf Autobahnen und die Auf-

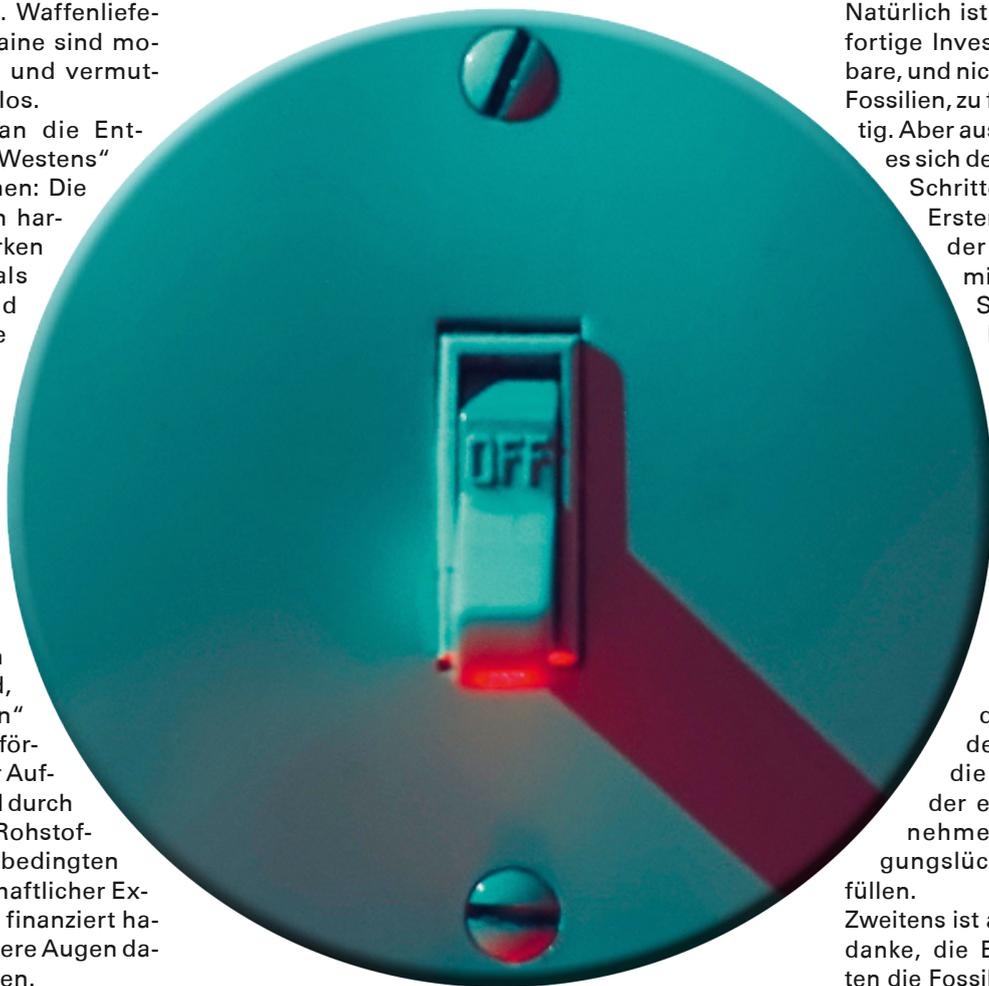
Ausbau der regenerativen Energiegewinnung. Das kostet Geld, aber wo über Nacht 100 Milliarden Euro aufgebracht werden können für die Aufrüstung einer Bundeswehr, die dann – siehe oben – zwecks Vermeidung eines Weltkriegs gar nicht eingesetzt werden kann, muss es doch wohl möglich sein, präventive Maßnahmen zu ergreifen, die helfen, Autokraten klein zu halten und gleichzeitig unsere Lebensgrundlage auf diesem Planeten zu sichern.

Andererseits sind wir auch persönlich gefordert, unser eigenes Verhalten zu überdenken. Nur wenn uns eine zukunftsfähige Mitwelt wichtiger ist als Skiurlaub, Sonntagsbraten und ein Benzinpreis von eins fünfzig, wird die Welt noch zu retten sein.

Natürlich ist der Reflex, jetzt sofortige Investitionen in Erneuerbare, und nicht die Restitution der Fossilien, zu fordern, gut und richtig. Aber aus zwei Gründen lohnt es sich dennoch, erst mal zwei Schritte zurücktreten.

Erstens verhält es sich mit der Energiewende wie mit dem Krieg und den Sanktionen: Keine der Maßnahmen greift sofort und vermutlich auch nur wenige bis zum nächsten Winter. Selbst, wenn man alle Genehmigungsverfahren beschleunigen und alle Einzelbedenken und Umweltauflagen vom Tisch wischen würde, reichten weder die Rohstoffe auf dem Weltmarkt noch die Leistungsfähigkeit der einschlägigen Unternehmen, um die Versorgungslücke mal eben aufzufüllen.

Zweitens ist aber ohnehin der Gedanke, die Erneuerbaren müssten die Fossilien vollständig ersetzen, verfehlt. Ist es denn wirklich so, dass überall im Land unzählige Windräder und Solarparks entstehen müssen, damit wir unse-



hebung von Dienstwagenprivileg und Steuerbefreiung auf Kerosin sowie der beschleunigte

re Verbrauchs-, Verschleiß- und Konsumkultur ungebremst weiter ausleben und ungebremstes Wirtschaftswachstum generieren können? Massenhaft Erneuerbare für dicke Elektro-SUV, Wasserstoff-Kreuzfahrten und -Urlaubsflüge, Wegwerf-IT, Billigfleisch und Massenartikel?

Ohne die Zahlen genau zu kennen: Insgesamt dürften wir rund ein Drittel unseres heutigen Bedarfs mit Energieträgern aus Russland decken. Sollte es uns also gelingen, unseren Energiebedarf „über alles“ um dieses Drittel zu senken, wäre das Friedensziel erreicht, ohne dass die dennoch erforderliche verstärkte Anstrengung des Umstiegs auf Erneuerbare überhaupt eingerechnet wäre.

► Ein Drittel weniger ist machbar

„Ein Drittel“ ist dabei gar nicht so unrealistisch: Diesel ist sicher 20 Prozent teurer geworden. Doch glaubt man selbst dem ADAC, kann es gelingen, diese Teuerung durch eine angepasste Fahrweise zu kompensieren. Noch mehr wäre drin, wenn auf kleinere Autos oder explizit energiesparende Modelle umgestiegen würde. Dann bliebe immer noch das Fahrrad oder E-Bike für die Kurzstrecke und der ÖPNV für die Langstrecke. Allein hier könnte das „Friedens- und Klimaziel“ übererfüllt werden, und das ohne nennenswerte Komforteinbußen. Auch beim Stromverbrauch gibt es in vielen Haushalten noch Luft nach unten: Längst nicht überall leuchten schon LED-Lampen, darüber hinaus haben Menschen früher weitaus dunkler gelebt als heute. 30 Prozent Einsparpotenzial sind hier locker drin, ohne bei Kerzenlicht zu landen. Auch bei einem Drittel weniger Geschirrspüler und Waschmaschine würden Haushalte noch nicht „schlampig“.

In Bezug auf Wärme sind wir mit den großen Häusern auf dem Land natürlich im Vorteil: Einfach noch mehr Zimmer kalt lassen, sich auf Kernbereiche beschränken. Aber auch in der Stadt geht einiges: Um eine Wohnung von 5 auf 10 Grad oder von 10 auf 15 Grad zu erwärmen, braucht es viel weniger Energie, als um dann noch von

15 auf 20 Grad zu kommen. Wenn also die bisherige Wunschtemperatur in der Wohnung 20 Grad war, dann entspricht eine Einsparung von 30 Prozent einer neuen Raumtemperatur von vielleicht 17 Grad. Und das ist noch weit entfernt vom „Frieren“ für den Frieden. Außerdem würde jede Mehreinsparung in anderen Bereichen (Bau, Produktion, Konsum, Mobilität, IT, Ernährung, Wohnen) ja heißen, dass es wieder etwas wärmer sein dürfte.

Schwieriger wird es bei den „dicken Hunden“: Stahl, Beton, Glas, Elektrogeräte, Autoindustrie, Schiff- und Flugzeugbau, Schwerlastverkehr, Konsumindustrie. Da geht es wohl wirklich nur mit Regularien: SUV verbieten, Höchstgewicht für die Zulassung von PKW erlassen, Strom für die Großindustrie verteuern, Flugpreise und LKW-Maut verdoppeln, Luxussteuer auf Kreuzfahrten, Nutzungsdauer von Mode- und Elektroartikeln verlängern, Tempolimit auf Autobahnen. Damit ließe sich das Drittel-Ziel vermutlich sogar übererfüllen.

Gleichzeitig aber unerlässlich sind deutliche Steigerungen der Transferleistungen („ein Drittel“), weil Menschen mit niedrigem Einkommen nahezu kein Einsparpotenzial mehr haben und einige der Einsparungen deutlich in den Arbeitsmarkt und in Wirtschaftsleistung und Bruttosozialprodukt eingreifen.

► Es ist an der Zeit

Bei allen Einschränkungen durch die skizzierten Einsparmaßnahmen: Die Folgen wären noch weit von dem entfernt, was Russland infolge der Sanktionen bevorsteht und was einträte, wenn der Krieg auch Deutschland erfassen würde oder demnächst die prognostizierten Klimafolgen einträten. Es war schon vor Russlands Krieg gegen die Ukraine an der Zeit, die Lebensweise „des Westens“ der letzten 100 Jahre zu beenden und zu einem neuen Verständnis von Wohlstand zu kommen. Das ist nicht zynisch gemeint: Wladimir Putin gibt Politik und Verbraucher:innen „des Westens“ jetzt eine Steilvorlage zur Umsetzung.

Krieg und Krise Wachsende atomare Risiken

Von Dirk Seifert

In der Ukraine wird aktuell eine Bedrohung der Atomenergie sichtbar, die bisher noch allzu oft verdrängt oder ausgeblendet wird, die aber seit vielen Jahren in einem wachsenden Maß auch die Atomanlagen der Bundesrepublik und anderswo betrifft: Wachsende Terrorrisiken und die Gefahr von Angriffen und Sabotage gegen nukleare Anlagen, seien es Atomkraftwerke oder Atommüllzwischenlager mit hochradioaktivem Strahlenmaterial oder Uranfabriken wie in Gronau oder Lingen.

Atomanlagen können ohne weiteres zum Angriffsziel werden – das hatte sich schon im Rahmen der Terroranschläge im September 2001 in den USA gezeigt. Um den Schutz auszubauen, wird in Lubmin bei Greifswald erstmals wieder ein Atom-Zwischenlager neu errichtet. Und eine zuständige Atombehörde erklärt im vermeintlichen Faktencheck, wie das mit Beton und Stahl und der Sicherheit so funktioniert. Die Atom- und Strahlenkommission des BUND hat sich dazu gerade sehr kritisch geäußert.

Über die Terror-Gefahren sprechen die Behörden ungern bis gar nicht. Fast alles unterliegt dem Geheimschutz, und das Ausmaß der Bedrohung ist schwer einzuordnen. Es gibt gute Gründe, warum die einzelnen Abwehrmaßnahmen nicht öffentlich diskutiert werden. Dass aber Atomenergie nicht nur im Falle technischer Fehler einen Super-GAU auslösen kann und Atommüllberge erzeugt, sondern eine Atomexplosion auch als Folge von Terrorangriffen möglich ist, sollte eine Gesellschaft als Risiko bewusst diskutieren und in ihren Entscheidungen einbeziehen, wenn es um die Frage einer nachhaltigen ökologischen Gesellschaft geht. Das gilt insbesondere auch vor dem Hintergrund der jetzigen Angriffe von Russland auf die Ukraine. Selbst die IAEO warnt, dass auch ohne Einsatz von Nuklearwaffen eine Atomkatastrophe möglich wäre. Atomenergie ist damit unter egal welchem Blickwinkel für eine zukunftsfähige Gesellschaft untragbar und erhöht auch im Krisenfall die Risiken für die Gesellschaft, die sie betreibt.

Weiterhin abhängig?

Erfordert die Trägheit der Politik nun doch Erdgas als Brückentechnologie? Von Andreas Conradt

Um unabhängig von den Energieimporten aus autokratisch regierten Staaten zu werden – und gleichzeitig die Klimabilanz zu verbessern –, müsste Deutschland endlich beginnen, was Umweltschützer:innen seit langer Zeit fordern: Einsparung, Effizienzsteigerung, Suffizienz – und Abkehr vom übertriebenen Konsum. Im Angesicht der seit der Orangen Revolution 2004 heraufziehenden Russland-Ukraine-Krise und allemal vor dem Hintergrund der Klimakatastrophe hätte in den vergangenen fast 20 Jahren viel erreicht werden können. Passiert ist erschreckend wenig. Nach wie vor sind die vier Stellschrauben der deutschen Energiepolitik Kohle, Gas, Atom, Erneuerbare. Nach wie vor gibt es keine Spur einer Entwicklung hin zu mehr Sparsamkeit, Nachhaltigkeit und viel zu wenig alternative Energiegewinnung. Das fliegt Deutschland jetzt um die Ohren.

► Falsche Schraube

Denn einerseits ist der Kohleausstieg bereits beschlossene Sache. „Idealerweise“ soll er bis 2030 vollzogen sein. Welche Auswirkungen das bis dahin noch emittierte Kohlendioxid haben wird, beschreibt der jüngst veröffentlichte zweite Teil des 6. IPCC-Berichts erneut auf eindrückliche Weise. Ein festes Anziehen dieser Schraube sogar noch vor 2030 wäre aus Klimagründen dringend erforderlich.

Andererseits ist auch der Atomausstieg beschlossen. Die letzten drei AKWs laufen noch bis Ende des Jahres, dann geht das Zeitalter der Stromgewinnung aus Atomkraft unwiederbringlich zu Ende. Die Skepsis gegenüber einer unbeherrschbaren Technik und die ungelöste Frage

der Atommülllagerung haben ein Umdenken bewirkt. Diese fest angezogene Schraube kann und will niemand mehr lockern.

Gleichzeitig schreitet zwar die Energiewende voran, bürokratische und politische Hemmnisse nehmen ihr aber zusehends den Schwung und verringern den Ausbau von Windkraft, Photovoltaik, Speicherung und Stromtrassen auf ein Maß, das sich Deutschland bei dem Ziel des fast gleichzeitigen Ausstiegs aus Kohle und Atom nicht leisten kann. Hier wäre ein Aufdrehen der Schraube dringend angeraten.

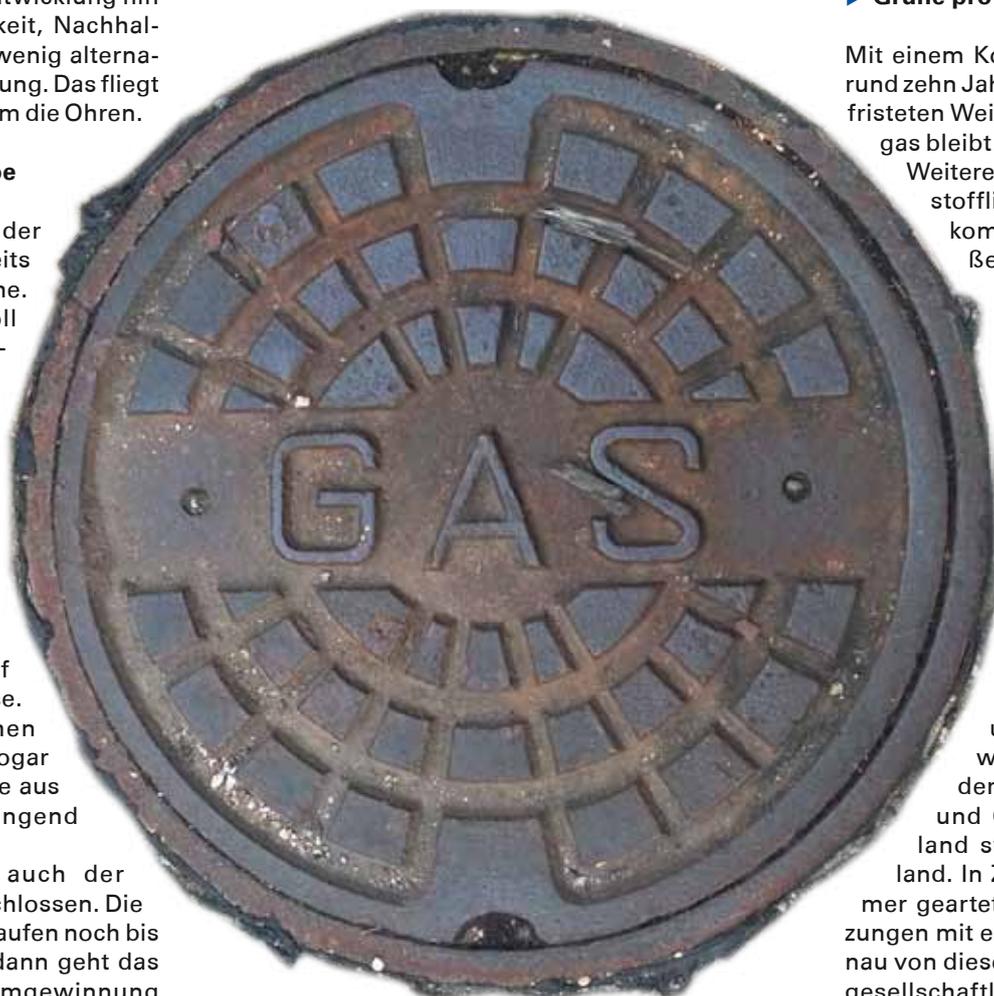
Trotz aller Bedenken gegen den Import von Gas aus Russland und die ungebremste Produktion von CO₂, setzt die Politik stattdessen weiter auf die Stromgewinnung aus Gas.

kraft sind Gaskraftwerke allemal, klüger wäre es aber trotzdem, jetzt das gesteigerte Bewusstsein der Bundesbürger:innen zu nutzen und bei der Energiewende endlich richtig in Schwung zu kommen. Stattdessen bleibt Erdgas weiter die Justierschraube der deutschen Energiepolitik. Das ist aus Sicht von Umweltschützer:innen nicht akzeptabel: Zu langsam laufen der Ausstieg aus den Fossilen und die Hinwendung zu den Erneuerbaren. Die Aufnahme von Erdgas (auf Drängen Deutschlands) und Atomkraft (auf Drängen vor allem Frankreichs) in die EU-Taxonomie ist zudem ein Zeichen der Mutlosigkeit, erforderliche Reformen zügig und nachhaltig anzupacken.

► Grüne pro Atom?

Mit einem Kohleausstieg erst in rund zehn Jahren und einer unbestimmten Weiternutzung von Erdgas bleibt Deutschland bis auf Weiteres abhängig von Rohstofflieferungen, und die kommen zu einem großen Teil aus Russland.

Seit Putins Feldzug gegen die Ukraine rückt die Befürchtung in den Fokus, er könne dem Westen die Lieferungen von Gas und Kohle verweigern, um Forderungen Nachdruck zu verleihen. Dabei ist die neue Sorge vor kalten und düsteren Zeiten nicht unberechtigt: Jeweils rund die Hälfte der Importe von Kohle und Gas nach Deutschland stammen aus Russland. In Zeiten wie auch immer gearteter Auseinandersetzungen mit einem Aggressor genau von diesem von Lieferungen gesellschaftlich und wirtschaftlich wichtiger Rohstoffe abhängig zu sein, besorgt Politiker:innen aller Parteien – was gelegentlich absurde Blüten hervorbringt: Der



Dessen Umweltbilanz ist zwar besser als die der Kohleverstromung, weit weniger gefährlich als Atom-

Gedanke, dass sich ausgerechnet ein grüner Wirtschaftsminister für eine Verlängerung der Laufzeit noch bestehender Atomkraftwerke in Deutschland starkmacht, wurde in Anbetracht der geopolitischen Krise selbst von seriösen Medien nicht mehr für abwegig befunden. Anfang März hatte Robert Habeck im ARD-Magazin „Bericht aus Berlin“ gesagt, dass sein Ministerium eine weitere Nutzung der Atomenergie prüfe. Er werde dies nicht „ideologisch abwehren“. Was er nicht ausführte: Der Auftrag war noch unter seinem Vorgänger ergangen. Habeck selbst hätte ihn wohl auch nicht erteilt.

Die ihm anschließend in den Mund gelegten Worte vom Ausschluss von „Denkverboten“ und „Tabus“ stammen allerdings tatsächlich von zwei FDP-Politikern, die allzu gern versuchten, Habecks Aussage umzudrehen: Andreas Pinkwart aus NRW forderte umgehende Diskussionen mit den Energieversorgern, und der energiepolitische Sprecher der FDP im Bundestag, Peter Kruse, mahnte an, die Gewährleistung der Versorgungssicherheit in Deutschland „ergebnisoffen und faktenbasiert“ zu prüfen.

Übersehen hatten die beiden FDP-Politiker, was dann Robert Habeck in der Sondersitzung des Ausschusses für Klimaschutz und Energie knapp eine Woche nach seinem Fernsehauftritt deutlich machte: Auch Brennstäbe für Atomkraftwerke kommen zu einem großen Teil aus Russland. Zudem hätten die Betreiber der noch am Netz befindlichen drei Meiler kein Interesse an einem Weiterbetrieb, weil sie gar nicht mehr über ausreichend Brennstäbe verfügten. Deren Beschaffung hätte einen Vorlauf von mindestens zwei Jahren. Auch würden Sicherheitsüberprüfungen nur noch in dem Maße geleistet, wie dies für eine Laufzeit bis Jahresende notwendig sei. Für einen Weiterbetrieb müssten die Sicherheitsstandards kurzfristig abgesenkt werden. „Das kann keiner wollen“, so der Minister. Ihm zur Seite sprang die energiepolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Bundestag, Nina Scheer: „Eine Verlängerung der

Laufzeiten von Atomkraftwerken ist weder sachlich, ökonomisch noch mit Blick auf die Energiesicherheit sinnvoll und kommt somit nicht in Betracht. Zumal eine Laufzeitverlängerung systemisch den Umstieg auf erneuerbare Energien erschwert.“ Selbst in der CDU scheint niemand auf eine Atom-Renaissance zu setzen: „Der Minister hat Gründe vorgebracht, die plausibel erscheinen“, sagte der Sprecher der Unionsfraktion für Klimaschutz und Energie, Andreas Jung.

► Atomkraft hilft nicht

Eine verlängerte Laufzeit von AKWs würde die Abhängigkeit von russischem Gas ohnehin kaum verringern: Nur rund 15 Prozent werden in Gaskraftwerken genutzt, die zudem, im Gegensatz zu den verbliebenen Reaktoren, neben Strom auch Fernwärme für Wohnungen und Gewerbe produzieren.

In der Tat deutet einiges darauf hin, dass doch wieder Erdgas die Brückentechnologie sein soll. Denn in der Sondersitzung des Klimatechsausschusses kündigte Wirtschaftsminister Habeck eine staatliche Regulierung der Gasspeicher an. Im Entwurf für ein „Gesetz zur Nationalen Gasreserve“ heißt es: „Deutschland soll künftig eine nationale Gasreserve vorhalten. (...) Damit wird sichergestellt, dass die Gasspeicher immer ausreichend befüllt sind. Das haben die Marktakteure künftig zu gewährleisten.“ Der Entwurf werde nun zwischen den Ressorts innerhalb der Bundesregierung abgestimmt, in Kraft treten soll das Gesetz bereits am 1. Mai. Es wäre womöglich auch ohne Putins Einmarsch in die Ukraine gekommen: Nie zuvor waren die Gasspeicher so leer wie in diesem Winter, und die Aussicht auf düstere und kalte Zeiten soll sich keinesfalls wiederholen. Dabei hätte auch eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten nicht geholfen: Eine Gasheizung bleibt eine Gasheizung – sie läuft auch mit noch so viel Strom nicht.

Quellen
Statista
dpa
DIE WELT

Kommentare & Zitate

„Das kurze Gedankenspiel über eine Renaissance der Atomkraft infolge des Ukraine-Krieges scheint beendet. Deutschland setzt weiter auf die Brückentechnologie Erdgas. Damit bleibt allerdings unklar, woher dieses Gas kommen soll, ist die Abhängigkeit von Russland nicht gemindert. Eine Gasreserve verschafft im Krisenfall nur wenig mehr Zeit.“

Andreas Conradt, Gorleben Rundschau

„Ohne eine radikale Energiewende innerhalb dieses Jahrzehnts werden kritische Schwellenwerte überschritten und die Klimakrise selbstständig sich. Kohlekraftwerke beschleunigen diesen Vorgang. Erdgas über die Weltmeere zu transportieren, ist klimapolitischer Irrsinn. Und Atomenergie ist dem Klimawandel schutzlos ausgeliefert: AKWs müssen stetig gekühlt werden – ist der Wasserpegel zu niedrig oder das Wasser zu warm, droht ein Störfall. Keiner dieser Energieträger eignet sich für die Zukunft. Deshalb müssen wir die Krise für eine radikale Energiewende nutzen, anstatt uns weiter in Abhängigkeiten und klimaschädliche Geschäfte zu verwickeln!“

Dr. med. Angelika Claußen, Vorsitzende IPPNW

„Wer die Abhängigkeit von russischem Erdgas tatsächlich relevant verringern will, muss anderswo ansetzen: beim schnellen Austausch von Gasheizungen, in denen ein Drittel des Erdgases verbrannt wird, und bei der Umstellung von Industrieprozessen, für die ein weiteres Drittel genutzt wird. Doch dazu ist von den angeblich um die Gasversorgung besorgten Atomfreunden wenig zu hören.“

Malte Kreutzfeldt,
Wirtschafts- und Umweltredakteur der taz

„Im Gebäudebereich muss energetisch saniert werden, und die notwendige Energie durch erneuerbare Energien hergestellt werden – beispielsweise durch Photovoltaik in der Kombination mit Batteriespeichern und dem Einsatz von Wärmepumpen. Existierendes Erdgas in der Nah- und Fernwärme-Versorgung kann zu großen Teilen auf Biogas umgestellt werden.“

Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

Hochgradig gefährlich!

Lorentz Tovatt (Grüne): „Neue AKWs vergrößern den Einfluss Russlands und Chinas“

Die wirtschaftlichen und ökologischen Probleme der Atomkraft sind hinlänglich bekannt. Aber jetzt muss Europa beginnen, mehr über einen dritten Aspekt zu sprechen – Uran als machtpolitisches Sicherheitsproblem. Es ist heute praktisch unmöglich, in Europa neue Atomkraftwerke zu errichten, ohne damit den Einfluss Russlands und Chinas zu vergrößern. Die EU sollte darüber nachdenken, wie ihre Energieunabhängigkeit gesteigert werden kann. Dabei besteht in der aktuellen Situation kein Zweifel daran, dass echte Unabhängigkeit nur mit erneuerbaren Energiequellen erreicht werden kann.

► Machtstrategie mit Atom

Nach einem Winter, in dem Wladimir Putin die Bedingungen der europäischen Strompreise diktierte, und nach den russischen Aggressionen gegen die Ukraine, steht das Thema Energie als sicherheitspolitische Herausforderung auf der Tagesordnung. Vor diesem Hintergrund haben die Grünen (in Schweden, *Anm. der Redaktion*) neue Atomkraftprojekte in aller Welt überprüft und nachverfolgt, wer für die Finanzierungen verantwortlich ist. Beunruhigenderweise stellte sich dabei heraus, dass die meisten neuen Reaktoren auf die eine oder andere Weise durch den chinesischen oder russischen Staat finanziert werden. Es ist nichts Neues, dass diese antidemokratischen Kräfte eine expansive geopolitische und wirtschaftliche Agenda haben, aber jetzt ist klarer, dass die Atomkraft eine Schlüsselrolle in ihrer Machtstrategie spielt. Es gibt dafür eine ganze Reihe von Beispielen: Nach erfolglosen Versuchen, na-

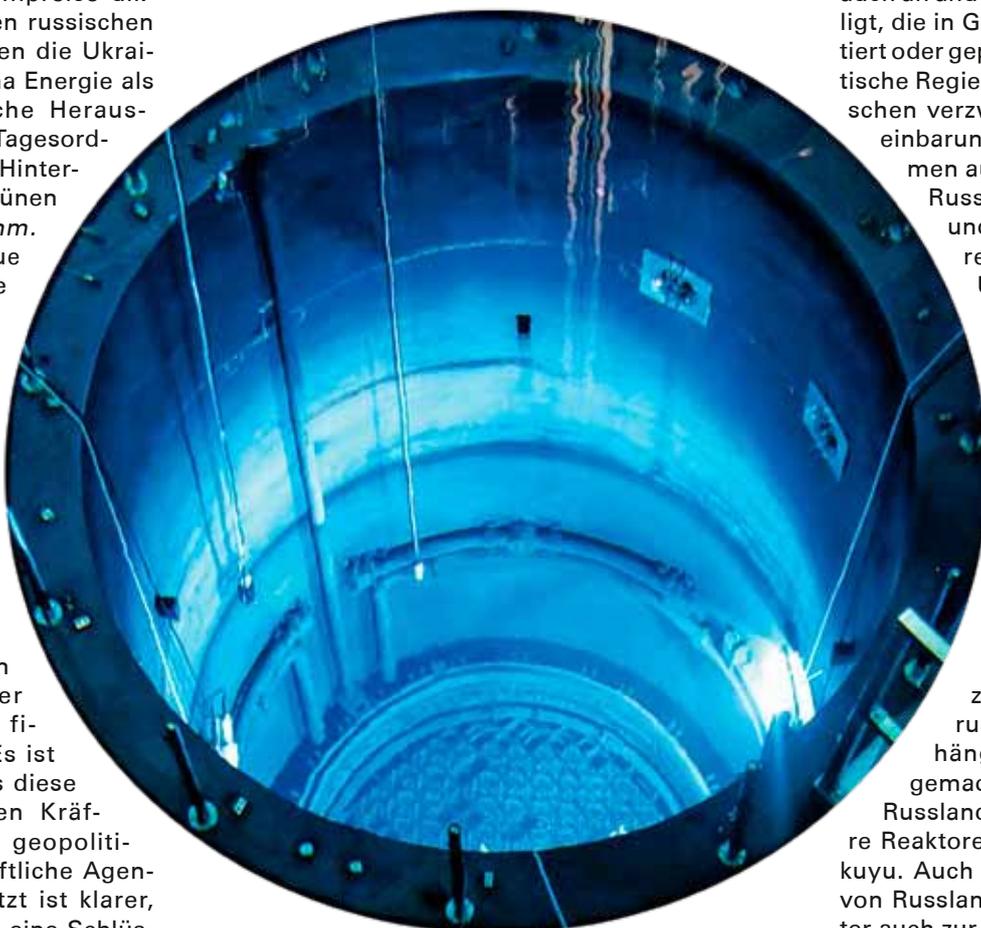
tionale staatliche und private Mittel für den Neubau des nordfinnischen AKW Pyhäjoki zu sichern, musste das Konsortium Fennovoima die Hilfe der russischen Rosatom in Anspruch nehmen, was zu Kritik von Forschern führte, die auf sicherheitspolitische Risiken hinwiesen. Rosatom ist ein weltweit führender Akteur auf dem Kernenergiemarkt und steht unter direktem Einfluss der russischen Regierung. Sein höchstes Gremium besteht aus Ministern, Vertretern der Rüstungsindustrie und des Atomwaffenprogramms. Rosatom machte früh im Prozess klar, dass es 49 Prozent des finnischen Unternehmens beansprucht – was ihm allerdings verweigert wurde. Die finnische Regierung hat stattdessen entschieden, dass mindestens 60 Prozent des Kernkraftwerks im

te daraufhin Interesse am Aktienkauf. Bei Recherchen stellte sich allerdings schnell heraus, dass das kroatische Unternehmen mehrheitlich russischen Bürgern gehörte, die Verbindungen sowohl zur Regierung als auch zu Rosatom hatten.

In Großbritannien hat unterdessen ein staatliches chinesisches Atomkraftwerksunternehmen – die China General Nuclear Power Corporation – die Genehmigung erhalten, große Teile des neuen Kraftwerksblocks Hinkley Point C zu finanzieren. Zuhause in China wurde das Unternehmen unter anderem damit beauftragt, die Entwicklung der Landesverteidigung zu unterstützen. Mitarbeiter wurden 2017 wegen des Versuchs verurteilt, sensible Informationen über die US-Atomkraft zu stehlen. Chinesische Unternehmen sind auch an anderen Projekten beteiligt, die in Großbritannien diskutiert oder geplant werden. Die britische Regierung versucht inzwischen verzweifelt, aus der Vereinbarung mit dem Unternehmen auszusteigen.

Russland dagegen plant und baut neue Reaktoren in Weißrussland, Ungarn, Tschechien, Bulgarien und der Slowakei. Anlass für die weißrussische Regierung, neue AKWs in Betrieb zu nehmen, war, die Abhängigkeit des Landes von russischem Gas zu verringern. Ironischerweise war nur Rosatom bereit, zu bauen, was Weißrussland nun noch abhängiger von Russland gemacht hat.

Russland baut zudem mehrere Reaktoren im türkischen Akkuyu. Auch der Brennstoff wird von Russland geliefert und später auch zur Wiederaufarbeitung dorthin zurückgebracht, wodurch eine absurde Abhängigkeit eines NATO-Mitglieds vom russischen Autokraten Putin entsteht. Zeit-



Besitz von Akteuren aus der EU sein müssen. Ein kleines kroatisches Energieunternehmen zeigt

gleich mit dem Baubeginn hat die Türkei russische Luftverteidigungssysteme bestellt.

Die Liste könnte noch weitergeführt werden, und sie gilt beileibe nicht nur für Europa. Russland und China investieren in fast alle aktuellen Nuklearprojekte weltweit. Dies geschieht häufig in Ländern, die bereits jetzt über Atomwaffen verfügen oder ein machtpolitisches Interesse daran haben. Die wenigen Firmen, die nicht von China oder Russland gesteuert werden, haben oft strategische Partnerschaften mit von dort kontrollierten Unternehmen. Investitionen sind ein Schlüssel zur Machtagenda Russlands und Chinas, um wirtschaftliche und technologische Abhängigkeit zu schaffen.

► Nicht erpressbar machen

Dabei sollte ein Handel mit China und Russland nicht generell verteufelt werden. Chinesische Unternehmen haben zum Beispiel umfangreich in europäische Windenergie investiert. Aber, und das ist das Wichtigste, es ist sicherheitspolitisch gefährlich, diesen Mächten großen wirtschaftlichen und technischen Einfluss auf erpressbare Infrastruktur zu geben. Noch schlimmer ist es, die Frage der nuklearen Sicherheit Staaten zu überlassen, die es nicht immer gut meinen. Niemand kann garantieren, dass gesteuerte Firmen aus autokratischen Ländern nicht technische Hintertüren in Systeme einbauen – oder einbauen müssen. Experten aus Großbritannien und den USA warnen davor seit Langem. Einzelne Windparks stellen für sich genommen keinen ausreichend bedeutenden Teil der Energieversorgung dar, um im Falle einer Abschaltung ein ganzes Land lahmzulegen. Ein System, das von russischer oder chinesischer Atomkraft abhängig ist, wäre jedoch offensichtlich fragil.

Wenn heute von gewissen Kreisen die Atomkraft als „nachhaltig“ eingestuft wird und so Anreize zur Investition in die Nukleartechnik geschaffen werden, dann muss – gerade im Angesicht der Invasion Putins in der Ukrai-

ne – erklärt werden, wie dies ohne Einfluss von Unternehmen aus Russland oder China oder mit ihnen verbundenen Akteuren geschehen soll.

► Fokus auf Risiken

Um die Risiken in Zukunft zu reduzieren, ist eine zweiteilige Strategie erforderlich. Erstens muss die Kontrolle an ausländischen Direktinvestitionen einen stärkeren Fokus auf die Risiken im Zusammenhang mit Kernkraft und anderen lebenswichtigen Energieinfrastrukturen legen. Diese Kontrollen müssen auf EU-Ebene und in den Mitgliedsstaaten geschehen. Zweitens muss die Energiewende beschleunigt werden. Die EU-Staaten müssen regionale und in Aktienbesitz befindliche Unternehmen zur Produktion erneuerbaren Stroms weiter fördern. So kann die Robustheit des Stromsystems gestärkt werden. Eine Strategie für Wasserstoff sollte entwickelt werden, um die Versorgungssicherheit weiter zu stabilisieren und Schwankungen in der Stromproduktion auszugleichen.

► Energie- und Sicherheitspolitik zusammen denken

Eine Reihe europäischer Länder wie Frankreich, Schweden Finnland und Großbritannien haben in den letzten Jahren einen Weg eingeschlagen, mit dem die Gefahr steigt, einen Energiemarkt mit zentralisierter Atomstromerzeugung in Abhängigkeit von russischem Uran zu schaffen. Fragen sicherheitspolitischer Natur mussten dabei bisher nicht von denselben Parteien beantwortet werden, die eine Renaissance der Atomkraft befürworten. Spätestens mit dem Einfall der russischen Armee in die Ukraine dürfte klar sein, dass künftig beide Aspekte zusammen gedacht werden müssen.

Kommentare & Zitate

„Das Risiko für einen Atomunfall mit internationalen Auswirkungen hat sich im Zuge der russischen Invasion deutlich erhöht. Russlands Vorgehen hat unmittelbare Gefahren für die Sicherheit dieser Anlagen ausgelöst.“

Resolution der IAEA

„Gerade jetzt sehen wir in der Ukraine (...), dass die AKWs ein Unsicherheitsfaktor sind. Wir sollten in Zeiten, wo wir von Risiken bedroht sind, nicht weitere Risiken hinzufügen.“

Steffi Lemke, Bundesumweltministerin (Grüne)

„Atomkraftwerke in Deutschland wieder hochfahren als Reaktion darauf, dass Putin gerade Krieg führt, während Putin literally Atomkraftwerke in der Ukraine angreift, scheint mir irgendwie nicht so richtig zu Ende gedacht.“

Stephan Anpalagan, Journalist

„Die Atomkraftwerke im Kriegsgebiet in der Ukraine stellen eine nie dagewesene nukleare Bedrohung für ganz Europa dar. Angesichts der Bilder vom Brand am AKW Saporischschja sind die Rufe führender Unions-Politiker wie Markus Söder nach Laufzeitverlängerungen in Deutschland geradezu unerträglich. Nur eine zügige Energiewende schafft sicherheits- und friedenspolitische Voraussetzungen für ein zukunftsfähiges Europa. Das sollte spätestens jetzt auch jenen Politikern klar sein, die in den vergangenen Monaten für die Aufnahme von Atomkraft und Erdgas in die EU-Taxonomie gekämpft haben. Die Bundesregierung und auch die EU müssen jetzt alles daransetzen, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen und das fossil-atomare Energiezeitalter so schnell wie möglich zu beenden.“

Angela Wolf, BUND-Expertin für Energiepolitik, Klima und Atom

„20 Prozent des in der EU genutzten natürlichen Urans wurden 2020 aus Russland importiert. Noch einmal so viel wurde aus der Ex-Sowjetrepublik Kasachstan importiert, einem langjährigen Kremlverbündeten. Das geht aus einem internen Vermerk des Grünen-Abgeordneten Stefan Wenzel hervor, der sich auf Zahlen der Euratom-Versorgungsagentur (ESA) stützt.“

DER SPIEGEL



Das Bild auf dieser Doppelseite zeigt den Ort Gommern nahe Magdeburg während eines Stromausfalls Anfang 2007. Aber vielmehr noch illustriert es die Ängste, mit denen Kernkraft-Lobbyisten aktuell versuchen, die längst überwunden geglaubte Art der Energiegewinnung neu zu etablieren. In Brüssel wird derzeit um die künftige europäische Energiepolitik gerungen. Insbesondere Frankreich und Deutschland drängen darauf, Atomkraft und die Verstromung von Gas als umweltfreundlich zu klassifizieren und in die EU-Taxonomie für nachhaltige Investitionen aufzunehmen. Dabei hofft Frankreich auf frisches Anlagekapital zur Renovierung seines maroden AKW-Bestands. Deutsch-

land unterstützt dieses Vorhaben trotz des eigenen Atomausstiegs, weil es umgekehrt die Zustimmung der Franzosen für die grüne Klassifizierung von Gaskraftwerken braucht. Berlin sieht sie als Übergangslösung zur Vermeidung einer vorgeblichen Stromlücke nach Abschalten der letzten drei Kernkraftwerke Ende des Jahres und in Zeiten steigender Nachfrage nach Strom.

„Es muss anerkannt werden, dass der fossile Gas- und der Kernenergiesektor zur Dekarbonisierung der Wirtschaft der Union beitragen können“, heißt es in einem Brüsseler Entwurfspapier, das in der Neujahrsnacht an alle 27 EU-Staaten geschickt wurde. Das ist schon für sich genommen

mindestens fraglich, und zudem ist der Satz – gerade in Bezug auf den Kernenergiesektor – allzu akademisch und lässt den Bezug zur Realität vermissen. Denn selbst wenn die Atomkraft nur als Übergangs- und Brückentechnologie fungieren sollte, gingen viele Jahre ins Land, bis ein Effekt auf die Reduzierung der Treibhausgase einsetzen würde. Zeit, die man in der Klimakrise nicht hat. Zudem müssten Bürger:innen enorme Kostensteigerungen hinnehmen: Atomkraft gilt heute und mit steigender Tendenz als teuerste Art der Stromerzeugung, von Risiken beim Betrieb von AKWs und der Endlagerung des strahlenden Abfalls ganz zu schweigen. Das Prädikat „nachhaltig“ verbietet sich für

Interview Spätestens mit der Veröffentlichung der Regeln für die Einbeziehung von Erdgas und Kernenergie in die EU-Taxonomie zu nachhaltigen Investitionen am vergangenen Silvesterabend begann die Diskussion um eine Renaissance der Atomkraft in Europa. Die Energierreferentin Dr. Eva Stegen erläutert, was davon zu halten ist. Die Fragen stellte Andreas Conradt

Atomausstieg by design

Atomkraft schon allein deshalb.

► Frau Dr. Stegen, was verspricht sich die EU von der Einstufung der Atomkraft als „nachhaltig“?

Es ist insbesondere die französische Regierung, die durch ihre Schlüsselindustrie derart hohe Staatsschulden eingefahren hat, dass sie nach neuen Geldquellen sucht, um einerseits den bestehenden AKW-Park mit viel Geld noch einige Jahre am Netz zu halten: Allein die als „Grand Carénage“ bezeichnete Generalüberholung der Altmeiler zwischen 2016 und 2030 bezifferte der Rechnungshof auf fast 100 Milliarden Euro. Andererseits will die Atommacht Frankreich über

die Stromkunden die Kosten für die Antriebsreaktoren der französischen Marine einhegen. Ohne Atom-U-Boote sind die schönsten Atomwaffen nutzlos. Man muss schon in der Lage sein, sie unbemerkt und über weite Distanzen in Reichweite potenzieller Ziele bringen zu können. Die französischen Nukleokraten haben in Osteuropa viele Verbündete gefunden, die bereit waren, Atomkraft in die Taxonomie zu lobbyieren. Aber auch andere Akteure wie das amerikanische Atom-Startup Terrapower strecken in Brüssel die Fühler nach europäischem Risikokapital aus.

► Die EU-Einstufung der Atomkraft als „nachhaltig“ soll nur „un-

ter bestimmten Voraussetzungen“ erfolgen. Welche sind das, und sind diese Voraussetzungen überhaupt zu erfüllen?

Im Januar wurde die Europäische Lobbyorganisation FORATOM nervös, weil die Anforderung der Nutzung der „besten verfügbaren Technologie und dem besten unfalltoleranten Brennstoff“ im Raum stand. Das genau trifft nur in der Theorie und nur auf die nicht vorhandenen Luftschlösser, die Flüssigsalzreaktoren zu, von denen kein Prototyp in Sicht ist. Unabhängig davon unterschlagen Lobbyisten im Dienste vermeintlich „neuer Atomkraft“ systematisch, dass eine [bei der 4. Generation AKWs angeblich ausge-

schlossene, *Anm. d. Red.*] Kernschmelze längst nicht das einzig mögliche Unfallszenario ist, das zu katastrophalen Radioaktivitätsfreisetzungen führen könnte.

▷ Wird die Einstufung zu einer Renaissance der Atomkraft führen – in Europa und konkret in Deutschland?

Das Ankündigen sogenannter Atom-Renaissancen setzte wenige Jahre nach Tschernobyl ein und zieht sich wie ein roter Faden durch den Blätterwald. Es ist nie etwas daraus geworden. Die Europäische Atomstromproduktion hat bereits 2004 ihren Zenit überschritten und ist seitdem im stetigen Abwärtstrend. 2014 wurde sie von der regenerativen Stromproduktion überholt, deren Kurve im Gegensatz zur nuklearen Niedergangskurve deutlich nach oben zeigt. Die deutschen Firmen haben sich längst aus dem Atomkraftwerksbau zurückgezogen. Die französische Atomindustrie kämpft verzweifelt um ihre Position, unter den wenigen im globalen Atomkraftwerksbau zu bleiben. Sie hatte eigentlich geplant, ihren eigenen Atomkraftwerkspark, der nun an das Ende seiner technischen und wirtschaftlichen Laufzeit kommt, mit – damals neuen – Generation-3-Reaktoren zu erneuern, und mit diesen Europäischen Druckwasser-Reaktoren, EPR, auch Player am Weltmarkt zu bleiben. Das geht gerade gründlich in die Hose. Von 200 angekündigten EPR straucheln gerade 6 Blöcke zwischen Kosten-Explosionen, Bauzeitverzögerungen, Pfüsch am Bau und generischen Fehlern herum, die Aktienwerte der Atomkonzerne erodieren. Die Ankündigung des Präsidenten von weiteren bis zu 14 AKW würde ich als Wahlkampf-Getöse verbuchen. Sowohl die

rechten Kandidaten als auch Macron glauben, damit Wähler:innen auf ihre Seite ziehen zu können. Vermutlich sehen wir in den kommenden Jahren das Kartenhaus vom „billigen“ Atomstrom in sich zusammenbrechen. In der kalten Jahreszeit – das sehen wir seit einigen Jahren – treiben französische Atomausfälle sowohl den dortigen Börsenstrompreis als auch die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und Strom-Importen hoch.

▷ Wäre eine Laufzeitverlängerung der restlichen AKWs in Deutschland technisch überhaupt machbar?

Die Frage stellt sich gar nicht, da keiner der deutschen Betreiber seine Brennstoff-, Revisions-, und Personal-Planung auf eine Verlängerung des Atomzeitalters ausgerichtet hat. Die Stilllegungs-Prozesse sind seit Jahren auf dem Weg, das Paket schnürt keiner mehr auf, der betriebswirtschaftlich denkt.

▷ Immer wieder ist zu hören, dass Deutschland schon jetzt und spätestens nach Abschalten der letzten drei AKWs Ende des Jahres Atomstrom aus Frankreich und Polen importieren muss, um Blackouts zu vermeiden. Stimmen diese Aussagen?

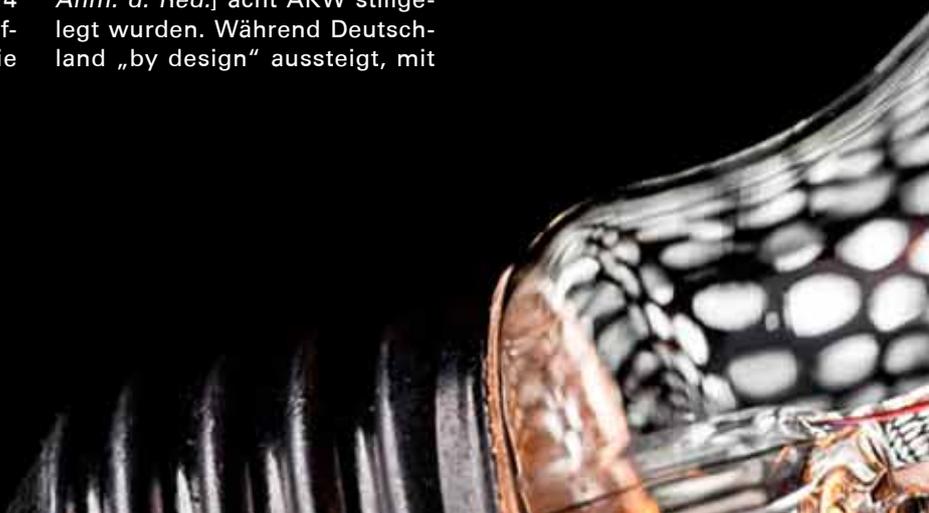
Nein. Die Import-Legende ist schon seit Jahren widerlegt, seit 20 Jahren ist Deutschland Netto-Exporteur. Im letzten Jahr hat Deutschland 6,5 TWh allein nach Frankreich exportiert, insgesamt waren es 15 TWh Export-Überschuss. Das sind 250 Prozent des Netto-Exports vom Fukushima-Jahr, in dem [in Deutschland, *Anm. d. Red.*] acht AKW stillgelegt wurden. Während Deutschland „by design“ aussteigt, mit

kritikwürdigen, hohen Stufen am Ende des Pfads, scheint Frankreich „by desaster“ auszusteigen, mit zunehmenden technischen Problemen. Unterdessen wird in Polen seit mehr als zehn Jahren nach Atomkraft gerufen, weil sonst – schon vor zwei Jahren – „die Lichter“ ausgegangen sein sollten.

Für die Zukunft kommt es allerdings darauf an, wie es der aktuellen Regierung gelingt, die Versäumnisse der Vorgänger aufzuholen und die Blockaden für den Ausbau der Erneuerbaren aus dem Weg zu räumen, um den kompletten fossil-nuklearen Ausstieg zu meistern. Es wird nicht leicht, wenn nicht endlich die Solar- und Windkraft von ihren bürokratischen Gängelbändern befreit werden. Sich stattdessen auf erzeugungstechnische Problem-Nachbarn zu verlassen, wäre unklug.

▷ In Frankreich hat es kürzlich mehrfach Stromengpässe gegeben. Inwieweit hat das ursächlich mit der hohen Zahl von AKWs in unserem Nachbarland zu tun?

Frankreichs Atom-Monokultur führt nicht nur deshalb zu großen Problemen, weil der Kraftwerkspark binnen weniger Jahre hochgezogen wurde und sich damit die Altersbeschwerden synchron durch die gesamte Reaktorflotte ziehen. Die technologische Sperrhaltung gegen die Erneuerbaren rächt sich natürlich, weil bei Atomausfällen die teuren Gaskraftwerke hochgefahren werden, eingemottete Koh-



lekraftwerke reaktiviert werden und man dennoch von teuren Importen abhängig ist. Frankreich hat trotz fantastischer geographischer Bedingungen als einziges Europäisches Land seine Regenerativ-Hausaufgaben für 2020 nicht gemacht. Aus Sicht der Nukleokraten ist das allzu verständlich, denn wenn erst die günstigen Erneuerbaren die freiwerdenden Marktanteile übernehmen, braucht und will niemand mehr teure AKW-Neubauten. Dann allerdings bricht die Querfinanzierung der militärischen Atomkraft durch den zivilen Infrastruktur-Garanten weg.

▷ Von Atomkraftgegnern hört man, Atomkraft sei die teuerste Art, Strom zu produzieren und deshalb auch finanziell nicht „nachhaltig“ und ein Auslaufmodell. Könnten sich Länder wie Frankreich und Polen mit ihren Bemühungen pro Atom verkalkulieren?

Das stimmt, die einzige Stromerzeugungsart, die mit einer negativen Lernkurve glänzt, ist die Atomkraft. Die intensiven Bemühungen um europäische Geldtöp-

fe sind also folgerichtig. Und auch die Tatsache, dass Polen trotz schillernder Blackout-Drohszenarien kein Investitionskapital auf-treiben kann, um am Standort seiner unfertigen Atom-Bauruinen Zarnowiec ein AKW zu errichten. Aus Sicht der Stromkund:innen und der Steuerzahler:innen ist Atomkraft sehr teuer. Lange blieben die verdeckten Kosten in Frankreich unsichtbar, aber je öfter der Staat Steuergelder in die kapitalintensiven Atomkonzerne pumpt, desto häufiger gibt es Ärger mit dem Finanzminister und mit der EU-Wettbewerbsbehörde. Aus Sicht der Militärs einer Atommacht sind zivile Stromproduktions-Anlagen allerdings willkommene Kostensenker, die sowohl Kosten als auch Organisation von Forschungs-, Entwicklungs- und Ausbildungsinfrastruktur mit schultern, die die Zulieferindustrie am Laufen halten und die gesamte industrielle Basis garantieren.



**Dr. Eva Stegen ist
Energierreferentin der
Elektrizitätswerke
Schönau (EWS)**



Döntjes mit Utsikten

Atomlobbyisten, Medien und Unternehmer werden nicht müde, uns eine Renaissance der Atomkraft mit angeblich völlig neuen Reaktortypen zu prophezeien. Dabei sind die Konzepte meist nicht weiter ausgereift als allerlei Fantasien aus den Anfängen des Atomzeitalters. Einige der angeblich neuen Ideen gab es sogar damals schon. Andreas Conradt hat in alten Zeitschriften geblättert.



Aus sentimentalen Gründen hebe ich eine ganze Reihe alter Ausgaben der Zeitschrift „hobby“ auf, die mein technikbegeisterter Großvater in den Fünfziger- und Sechzigerjahren des letzten Jahrhunderts offenbar reihenweise verschlungen hat und in denen er wichtig erscheinende Textstellen angestrichen und kommentiert hat. Sogar auf dem Titelblatt! Ich betone die Angabe „des letzten Jahrhunderts“, denn neben allerlei Bastelanleitungen für Flug- und Schiffsmodelle, neben Konstruktionsplänen für Röhrenradios und Berichte über technische Meisterwerke in aller Welt, finden sich auch heute amüsant anmutende Artikel über Errungenschaften, die die Redaktion für die Zukunft erwartete: senkrecht startende Passagierflugzeuge (Propelloplan, 1957), schwebende Autos (Straßen-Düsen-Kreuzer, 1961), Kolonien auf dem Mond (Trabanten-Dorf, 1962)

Parallelen zu heute

Das alles lässt einen amüsiert zurück, ungläubig bisweilen über die Naivität und den unbedingten Glauben unserer Väter und Großväter an die Möglichkeiten technischer Entwicklung. (Ich will nicht ungerecht sein: Die hobby-Redaktion hat auch berichtet über damals undenkbbare Herzoperationen, neuartige Fertighäuser und das futuristisch anmutende Farbfernsehen. Ehre, wem Ehre gebührt!)

Vollends absurd wird der Blick in die Vergangenheit aber, wenn von Entwicklungen berichtet wird, die all die Technikverliebtheit erst so richtig befeuern sollte: Atomkraft! Und da gibt es erschreckende Parallelen zur heutigen Zeit: Neben Tests vom Auto Union 1000 und der Kugelkopf-Schreibmaschine IBM 72, berichten die Herren der Stuttgarter hobby-Redaktion auch immer wieder geradezu Fantasti-

sches über die Pläne, den schon damals stetig wachsenden Bedarf an Elektrizität für immer zu decken.

Pilot-AKW am Main

So wird im September 1958 unter der Überschrift „Atom-Strom für deutsche Städte“ vom geplanten Bau des ersten Pilot-AKW in Kahl am Main berichtet. Aber, ach, so berichtet hobby, „dann kam einiges anders: Im Sommer 1957 machte sich nämlich in den USA unter den Erbauern von Atomkraftwerken ein gewisser Pessimismus breit, weil bei fast allen im Bau befindlichen Anlagen die ursprünglich veranschlagten Baukosten wesentlich überschritten werden mußten.“ Heutige Projekte kommen einem in den Sinn: Olkiluoto in Finnland, der EPR in Frankreich und das Kraftwerk Hinkley Point in Großbritannien – überall gibt es Bauzeitverzögerungen und enorme Kostensteigerungen. Weiter heißt es in dem Artikel, dass aufgrund der Umhüllung des gesamten atomtechnischen Teils des Kraftwerks mit einem drucksicheren Stahl- und Betongefäß „selbst dann, wenn der Leistungsreaktor einmal ‚durchgehen‘ sollte – ein Ereignis, das infolge der vielfältigen Sicherheitsmaßnahmen so gut wie ausgeschlossen ist –, keine Spaltprodukte in die freie Atmosphäre gelangen können.“ Das erste dokumentierte ‚Durchgehen‘ mit Freisetzung von Radioaktivität in die Umwelt, 1977 im Atomkraftwerk Three Miles Island, lag da nur noch 19 Jahre in der Zukunft.

Atom für die Menschheit

Vollends gespenstisch wird es in der hobby-Ausgabe vom November 1961. Unter dem Titel „ENERGIE für 5 Milliarden Menschen“ wird dort von

Plasma- und Chemonuklearreaktoren als den Kraftwerken der Zukunft geträumt. Aus anderen Gründen zwar als im 21. Jahrhundert, kommt der Redakteur, ein Dr. Bruno Kerres, doch zum gleichen Schluss wie wir heute: „So wird das Energieproblem zum vordringlichsten Lebensproblem der Menschheit.“ Ein geradezu prophetischer Satz, dem folgt, was ebenfalls unverändert gilt: „Was man heute als Atomkraftwerke bezeichnet, sind Anlagen, in denen man durch Spaltung von Atomkernen zuerst Wärmeenergie gewinnt, die mit Hilfe konventioneller Kraftanlagen in Elektrizität umgewandelt wird.“ Damals träumte man von einer alternativen Nutzung der Atomkraft zur Energieversorgung und begründete deren Notwendigkeit mit den endlichen Uranvorkommen, heute soll mit der Diskussion um AKW der vierten Generation eher die behauptete Stromlücke vermieden und die angebliche Ungefährlichkeit der Atomkraft suggeriert werden.

In seinem Artikel preist der Autor 1961 „die zweite prinzipielle Möglichkeit der Atomenergiegewinnung (...) nämlich durch Kernverschmelzung.“ Der Begriff klingt noch ein wenig holprig, heute, gut 60 Jahre nach Erscheinen des Artikels in hobby, wird uns das gleiche Verfahren immer noch als bald verfügbare Technologie angepriesen: Kernfusion. Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag hatte allerdings schon im März 2002 darauf hingewiesen, dass der erste wirtschaftlich nutzbare Reaktor nicht vor 2050 erwartet werden könne, und das auch nur, falls sich die technologischen Hindernisse überwinden ließen. Viel zu spät also, um den

dringend erforderlichen Ausstieg aus der Kohleverstromung in den nächsten zehn Jahren abfedern zu können. Mit dem KSTAR (Korea Superconducting Tokamak Advanced Research), einem Fusionsreaktor in der Stadt Daejeon, konnten Wissenschaftler kürzlich zwar einen Weltrekord aufstellen: Erstmals ist über eine Dauer von 20 Sekunden eine Temperatur des Ionenplasmas von über 100 Millionen Grad Celsius gehalten worden. Davor war das noch auf keiner anderen Anlage gelungen. Nur bräuchte es für die Stromversorgung eine permanent laufende Fusion – und das in vielen Anlagen weltweit. Ausgeschlossen, das in den wenigen Jahren zu schaffen, die uns noch zur Umstellung der Energieversorgung bleiben.

Funktioniert nur im Labor

Auch schon im Artikel von Anfang 1961 erwähnt ist ein Plasma-Reaktor, an dem seinerzeit Wissenschaftler der Universität Kalifornien intensiv arbeiteten. Anders als heute, war die Bezeichnung damals kein Synonym für einen Kernfusionsreaktor, sondern bezeichnete eine gänzlich andere Technologie. Sie klang einst vielversprechend – und hat doch das Stadium von Laborversuchen nie überwunden. Ein Schicksal, das der Plasma-Reaktor mit dem im Artikel ebenfalls beschriebenen Chemonuklear-Reaktor teilt.

Heute heißen die vorgeblichen Heilsbringer Flüssigsalzreaktor (MSR), Laufwellenreaktor (TWR) und Small Modular Reactor (SMR). Sie sollen Wunderdinge vollbringen können – Atom Müll vernichten, unfallfrei arbeiten –, aber ob ihre Zukunftschancen

besser sind als die in den Sechzigerjahren diskutierten Modelle, ist noch keineswegs sicher. Bislang jedenfalls existieren sie, wie damals, nur auf dem Papier. Sich auf sie zu verlassen, käme einer Kapitulation vor dem Klimawandel gleich.

Ironischerweise hat immerhin einer der im hobby-Artikel beschriebenen „alternativen Reaktoren“ Karriere machen können. Die „thermoionische Energiegewinnung“ ist auch heute noch ein zentrales Element bei der Herstellung von Strom – in Solarmodulen und gänzlich ohne radioaktive Stoffe!

Kaum etwas von dem, was Dr. Kerres in seinem Artikel in der September-Ausgabe des hobby-Heftes prophezeit, hat es zur Reife gebracht, hat je zur Stromerzeugung beitragen können. Es gibt keinen Anlass, zu glauben, die Propheten von heute seien besser.

Omas Fazit

Die Ehefrau des begeisterten Lesers der hobby-Hefte, meine Großmutter, sprach bei Fantastereien immer von „Döntjes mit Utsikten“! So war das, damals, in den Fünfziger- und Sechzigerjahren mit den zukünftigen Atomkraftwerken. Und so ist es auch immer noch, heute, in den Zwanzigerjahren mit den Döntjes der Lobbyisten und Milliardäre von kleinen modularen Reaktoren und AKWs der vierten Generation. Nur eins ist anders: Wir haben keine Zeit mehr! Für die Reduktion von CO₂ brauchen wir Lösungen jetzt. Utsikten helfen da nicht weiter.



Quellen:
hobby, Ausgaben
1/1954, 2/1957, 3/1958, 9/1958, 9/1961, 13/1961



Renaissance der Atomkraft?



Zurück auf Los?

Renaissance? Reaktorkonzepte der „Generation IV“ sollen die ungeliebte Atomkraft wieder salonfähig machen. „Sicher, sauber, billig“ lautet das Versprechen. Tatsächlich lösen die Nuklearvisionen keines der zahlreichen Atom-Probleme. Und die meistgehypten neuen AKW-Modelle liefern sogar Rohstoff für Atombomben frei Haus. Von Armin Simon

Der Präsident des deutschen Atomforums nahm kein Blatt vor den Mund. Deutschland, forderte Ralf Güldner 2018 auf einem Treffen der Atombranche, müsse sich auch nach Abschalten des letzten AKW weiter „an der Reaktorentwicklung beteiligen“. Reaktorentwicklung? Neue Reaktoren? Geht das alles nochmal los?

Es gibt nicht wenige, die genau daran glauben. Magazine und Fernsehsender berichten darüber. Über Startups, die Reaktoren planen. Über Atomkraft ohne Atom-Probleme. Keine Gefahr, kein gefährlicher Müll, keine horrenden Kosten, dafür ganz viel Energie. Dank der neuen Meiler der „Generation IV“. Es sind dieselben Versprechungen, welche die Atomlobby schon in den 1950er-Jahren machte. Tatsächlich war die erste Generation der Atommeiler von alldem weit entfernt, die zweite – die heute laufenden Reaktoren – ebenso: Tschernobyl und Fukushima lassen grüßen. „Generation III“, zu der etwa der „Europäische Druckwasserreaktor“ EPR zählt, der in Finnland und Frankreich schon beim Bau wegen gravierender Sicherheitsmängel und exorbitanter Kosten für Schlagzeilen sorgt, bricht die inzwischen jahrzehntealten Versprechen noch immer. Ausgerechnet „Generation IV“ aber soll sie nun er-

füllen. Jedenfalls beteuern das all jene, die auf einen neuen Atom-Boom setzen.

► Alte Ideen, neu aufgelegt

Im „Generation IV International Forum“ (GIF) haben sie sich im Jahr 2000 zusammengeschlossen, 13 Staaten sind inzwischen Mitglied, darunter die USA, Frankreich, Russland, China und Großbritannien, dazu noch Euratom. Aus den unzähligen theoretisch denkbaren Reaktortypen haben sie eine Handvoll Ideen ausgewählt, die sie weiterverfolgen wollen.

Neu sind die allerdings alle nicht. Der Flüssigsalzreaktor, eines der am meisten gehypten Modelle, stammt aus den 1950er-Jahren. Ziel damals war ein atomarer Flugzeug-Antrieb; soweit aber kam es nie. Ein stationärer Flüssigsalzreaktor lief immerhin zwei Jahre. Danach war klar: Das Salz verursacht immense Korrosionsprobleme, zudem ist die Strahlenbelastung aufgrund der vielen Spaltprodukte hoch und es entstehen große Mengen radioaktiven Tritiums, die unaufhaltbar in die Umgebung entweichen. Die US-Regierung stoppte daraufhin das Projekt.

Oder der Kugelhaufenreaktor, dessen Exemplare in Jülich und

Hamm-Uentrop es mit gravierenden Störfällen zu zweifelhafter Berühmtheit gebracht haben. Nachdem ein Wiederbelebungsversuch der Technik in Südafrika scheiterte, hat nun China einen – 30 waren angekündigt – 250-Megawatt-Meiler in Bau. Aus Kostengründen haben die Konstrukteur:innen darauf verzichtet, ihn mit einer Schutzhülle (Containment) zu versehen.

Oder der schnelle Brüter, mit brennbarem Natrium im Kühlkreislauf. Sein Prototyp in Kalifornien ging aufgrund schwerwiegender Sicherheitsprobleme nie in Betrieb. Die teuerste Bauruine Deutschlands beherbergt heute den Freizeitpark „Kernwasser-Wunderland“, der Strom verbraucht statt ihn zu erzeugen. Der französische Schnellbrüter „Superphénix“, gelistet als kommerzieller Reaktor, lag in seinen elf Betriebsjahren die meiste Zeit still.

Die Jünger der neuen Atom-Technik ficht das alles nicht an. Bis heute gibt es kein einziges funktionierendes AKW der Generation IV, nicht mal einen Prototyp-Reaktor – bloß Skizzen, Konzepte und, ja, zwei Baustellen. Die immensen materialtechnischen Probleme der meisten Reaktortypen sind völlig ungelöst. Dennoch will etwa das US-Energieministerium

bis 2050 AKW der Generation IV mit zusammen 75 Gigawatt im Land am Netz sehen – das wäre mehr als die komplette AKW-Kapazität Frankreichs.

► Reaktoren vom Fließband

Noch einmal so groß soll der US-Kraftwerkspark aus „Small Molecular Reactors“ (SMR) werden, dem aktuell zweiten Branchenhype: kleine, modulare Reaktoren, die sich quasi am Fließband fertigen und dann als komplette Einheit per Schwertransport ausliefern lassen. Den bisherigen Trend der Reaktorbauer, immer größere Meiler zu konstruieren, um die Kosten zumindest einigermaßen in den Griff zu kriegen, dreht das genau um. Nicht mehr groß, sondern klein soll nun billig sein. Ob diese Rechnung wirklich aufgeht, ist zwar offen. Klar ist aber, dass sie kaum ohne nennenswerte Abstriche an Sicherheitssystemen aufgehen kann – diese sind es schließlich, die die Kosten für neue Reaktoren so in die Höhe treiben.

Erstaufliegend viele Firmen kaprizieren sich auf das SMR-Modell; die britische Regierung hat gar einen millionenschweren Wettbewerb dazu ausgerufen. Sie will die Entwicklung von drei bis vier entsprechenden Reaktorkonzepten fördern und so die heimische Atomindustrie wieder exportfähig machen. Mit an Bord ist neben dem U-Boot-Reaktorbauer Rolls-Royce und einigen Atom-Startups auch ein Ableger des Urananreicherers Urenco, an dem RWE und Eon Anteile halten.

Was die Größe der modularen Anlagen angeht, ist die Spannbreite groß. U-Battery etwa, der Urenco-Ableger, plant ein mehr oder weniger autark zu betreibendes 4-Megawatt-„Mikro-AKW“, das US-Startup Nuscale hingegen ein 60-Megawatt-Modul, von dem bis zu zwölf in Serie geschaltet die Turbinen eines großen Kraftwerks antreiben sollen. In der Diskussion als modulare kleine Anlage sind alle möglichen Reaktortypen; die konkreteren Projekte jedoch sind letztlich herkömmliche Druckwasserreaktoren. Das schwimmende russische AKW Akademik Lomonosov etwa, das vor rund zwei Jahren in See stach, ist ein Schiffsreaktor, wie er auf russischen Atom-Eisbrechern seit Jahrzehnten im Einsatz ist. Ande-



re, wie der von NuScale geplante oder das in Bau befindliche argentinische AKW Carem 25, sind sogenannte integrierte Meiler, bei denen etwa die Dampferzeuger und der komplette Primärkreislauf im Reaktordruckbehälter stecken, was sicherheitstechnische Vorteile bieten soll. Sowohl die Internationale Atomenergie-Organisation IAEO als auch die Atomenergie-Agentur der OECD (NEA) halten jedoch fest, dass die SMR ihre angeblich besonders hohe Sicherheit und Zuverlässigkeit erst einmal im Betrieb demonstrieren müssten. Und das Öko-Institut weist in einer Studie zu den neuen Reaktorkonzepten darauf hin, dass für die sogenannten passiven Sicherheitssysteme, die ohne Energiezufuhr von außen funktionieren sollen, zunächst Methoden entwickelt werden müssen, mit denen ihre angebliche Zuverlässigkeit beurteilt werden kann – vor allem auch in Extremsituationen.

► Reaktorentwicklung in Karlsruhe

Zentrum der Forschung an „Generation IV“-Reaktoren in Deutschland ist Karlsruhe: Auf dem Gelände des früheren Kernforschungszentrums unterhält die Europäische Kommission beziehungsweise Euratom ein „Joint Research Center“ (JRC) der Atomforschung. Dieses forscht unter anderem daran, wie sich Uran 233, das in mit Thorium betrie-

benen Flüssigsalzreaktoren entsteht, aus dem Reaktorkreislauf entfernen lässt. Dies ist Voraussetzung für den Betrieb solcher Reaktoren, stellt aber zugleich eine immense Proliferationsgefahr dar, denn das dabei gewonnene Uran 233 ist besonders einfach waffenfähig.

„Wer auf Thorium setzt, kann gleich Atombomben verteilen“, drückt es Thomas Partmann aus. Der pensionierte Wissenschaftler setzt sich im „Karlsruher Bündnis gegen neue Generationen von Atomreaktoren“ dafür ein, den Schleier über der Atomforschung in Karlsruhe zu lüften und insbesondere die Gefahren der hier verfolgten Thorium-Technologie öffentlich bekannt zu machen.

Die Euphorie mancher Presseberichte über die schöne neue Reaktorwelt teilen die Autoren der Öko-Institut-Studie nicht. Zwar könnten einzelne Konzepte in einzelnen Aspekten unter Umständen besser abschneiden als die bisherigen Reaktoren. Erkauft werde das in der Regel aber mit Nachteilen bei anderen Aspekten. Den selbst formulierten Anspruch der „Generation IV“-Verfechter:innen, Reaktoren zu entwickeln, die sicherer, sauberer und billiger sind als die bisherigen, könne jedenfalls keine der diskutierten Techniken einlösen.

Quelle
zuerst veröffentlicht im
.ausgestrahl-Magazin Nr. 40, August 2018



Danke Jochen

Ein Nachruf von Jan Becker

Am 12. März 1977 versammelten sich zum ersten Mal tausende Menschen auf der damaligen Waldbrandfläche zwischen Gorleben und Trebel, um gegen die Atommüll-Pläne im Wendland zu demonstrieren. 45 Jahre später mussten wir am (fast) selben Ort Abschied nehmen von unserem Freund und Weggefährten Jochen Stay. Jochen war sich bewusst, dass seine ererbte Herzkrankung sein Leben irgendwann abrupt beenden könnte. Am Samstag, den 15. Januar, ist er im Alter von 56 Jahren viel zu früh gestorben. Weil er wusste, dass es eines Tages plötzlich vorbei sein kann, äußerte er Vorstellungen, wie er sich den Abschied wünscht.

Und so kamen am 12. März mehrere hundert Menschen vor dem Zwischenlager Gorleben zusammen, um Jochen mit einer politischen Kundgebung zu verabschieden. „Gemeinsam gewon-

nen. Danke Jochen.“, stand auf dem Bühnentransparent mit Blick auf Gorleben und den Atomausstieg. Und: „Wir kämpfen weiter.“ Ganz nach Jochens Geschmack schallte es dann auch von der Bühne: „Die Auseinandersetzung um Atomkraft ist noch nicht beendet. In Gorleben und anderswo stehen weit über tausend Castoren in schlecht geschützten Zwischenlagern. Die EU-Kommission will Atomkraft und fossile Gas ein grünes Mäntelchen umhängen. Und die Behinderer der Energiewende wollen das Atom-Risiko und die Abhängigkeit von Uranimporten immer noch verlängern. Dem stellen wir uns entschieden entgegen!“ Auf der Straße vor der Atommüllhalle wurde von Aktivist:innen anschließend ein großes gelbes X aus gelben Stoffbahnen gebildet – das Zeichen des Widerstands im Wendland.

Jochen hat in den letzten Jahr-



Gorleben

zehnten wie kaum ein anderer den Protest gegen die Atomkraftwerke, die Castortransporte und die Endlagerpläne in Gorleben geprägt. Viele kannten als erstes seine Stimme. Die ganze Nacht lang schallte sie 1997 aus den Lautsprechern, die auf ein Auto-
dach montiert waren, über Acker und Straße. Jochen informierte, kommentierte, deeskalierte. Um ihn herum saßen damals tausende Menschen – X-tausend – und stellten sich quer gegen den nahenden Castortransport. Während die Polizei mit Wasserwerfern und Knüppeln dem Atommüll den Weg bahnte, war eine Aktionsform zivilen Ungehorsams geboren, die dank ihrer Vehemenz und Friedfertigkeit am Ende den Atomstaat in die Knie zwang. Das Konzept machte Schule, bei Stuttgart21 oder beim Protest gegen die Kohlebagger. Danke, Jochen. Sein Sachverstand, seine Begeisterungsfähigkeit, aber auch

sein Dickkopf und seine Überzeugungskraft, seine Klarheit, sein Einsatz, seine Verantwortungsbereitschaft und sein großes Herz fehlen uns schon heute. Ebenso sein meist untrügliches Gespür für politische Gelegenheiten. Und seine immense Erfahrung, wie Protest erfolgreich Einfluss auf politische Konflikte nehmen kann. Er rannte damals im Wendland eher gegen geschlossene Türen, als offene ein. „Innerhalb der Anti-Atom-Bewegung sorgten seine unüberhörbaren Positionen und deutlichen Aktionen stets für Aufregung“, schrieb Martin Donat, Vorsitzender der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, in seinem Nachruf. Damals im Fokus: die „ultimative Selbstverpflichtung zur Gewaltlosigkeit“ – das Grundkonzept von X-tausendmal quer. Andere Akteure fürchteten, von Öffentlichkeit und Polizei unverschuldet gebrandmarkt und abgespalten zu

werden, wenn sie es nicht gleich-täten. Doch bei allen heißblütig geführten Debatten dieser Jahre: Der Erfolg gab Jochen unzweifelhaft recht. Genau diese Selbstverpflichtung war es nämlich, die vielen von reißerischer Berichterstattung verunsicherten Menschen der bürgerlichen Mitte die Teilnahme am zivilen Ungehorsam erst ermöglichte und somit Menschen jedes Alters und aller gesellschaftlichen Gruppen in den Widerstand führte. Nicht erst mit der Gründung von .ausgestrahlt im Jahr 2008 hatte Jochen sich den Atomausstieg zu seiner Lebensaufgabe gemacht. Es ist besonders traurig, dass er nicht mehr miterlebt, wie das Ende dieses Jahres in Deutschland mit der endgültigen Abschaltung der letzten drei Meiler zur Realität werden wird. Das Wendland und die Bürgerinitiative haben einen großen Freund verloren, dem wir sehr viel zu verdanken haben.



Kulturelle
Laudpartie.



Die letzte Kulturelle Widerstandspartie

Party Nach 45 Jahren: Gorleben ist raus! Nach 65 Jahren: Atomkraft ist aus! Diese enormen Erfolge von gesellschaftlichem Protest und legitimem Widerstand sollen bei der Widerstandspartie im Rahmen der Kulturellen Landpartie am Freitag vor Pfingsten gefeiert werden. Mit euch und am Kristallisationspunkt der jahrelangen Proteste: den Atomanlagen in Gorleben. Von Jan Becker

GORLEBEN RAUS

Fast 45 Jahre haben wir alle gegen ein Endlager in Gorleben und die Anlieferung von Atommüll gekämpft. Im September 2020 wurde Gorleben aus der weiteren Endlagersuche ausgeschlossen – weil der Salzstock geologisch ungeeignet ist. Genau das hatten kritische Wissenschaftler:innen schon vor Jahrzehnten belegt. Jetzt geht es um eine „Nachnutzung“ des Geländes, die mit Atommüll nichts zu tun haben wird. Erneuerbare Energien könnten eine Rolle spielen, die Diskussionen stehen aber noch ganz am Anfang. Die Verfüllung des Schachts, die Umwidmung des Geländes – derzeit gilt noch das Bergrecht, was die Nutzung von Teilflächen als Denkmal nicht möglich macht, das alles braucht vor allem eines: Zeit. Die Mühlen der Behörden mahlen langsam. Aber eines ist gewiss: Der Kampf ist gewonnen, das Salz kommt wieder unter die Erde.

AKW AUS

Seit Jahrzehnten engagieren wir

uns alle für die Stilllegung der Atomkraftwerke. Der Kampf war lang, mit etlichen Höhen und Tiefen. Doch unser aller Einsatz hat sich gelohnt: Ende 2022 wird das letzte AKW in Deutschland endgültig abgeschaltet! Daran ändern wird weder die Debatte um die Klimakrise noch der Ukraine-Krieg etwas. Eine Laufzeitverlängerung für die letzten drei aktiven Meiler oder gar ein Wiederaufahren der drei gerade stillgelegten Atomkraftwerke ersetzen die Gaslieferungen aus Russland nicht. Ein Weiterbetrieb wäre aber nur möglich, wenn ein höheres Risiko in Kauf genommen würde. Das Bundesministerium für Umwelt und Verbraucherschutz schreibt in einer aktuellen Analyse: Der energiewirtschaftliche Mehrwert „ist sehr begrenzt. Im Winter 2022/23 helfen sie nicht.“ Anders als die meisten Gaskraftwerke produzieren Atomkraftwerke keine Fernwärme, anders als in Frankreich sind Stromheizungen in Deutschland sehr selten geworden (und das ist auch gut so, denn

dabei geht viel Energie verloren). Mit Atomkraft kann man seine Zentralheizung nicht betreiben (s. Artikel S. 6). Das Klima retten können AKW auch nicht. Nur eine schöngerechnete CO₂-Bilanz, bei der die ungelöste Atommülllagerung oder der Lebensraum vernichtende Uranabbau weitestgehend ausgeklammert werden, lässt die Meiler gegenüber Erneuerbaren Energien bestehen. Die Antwort auf diese beiden aktuell sehr drängenden Fragen lautet Energiewende. Sonne und Wind steigern unsere Unabhängigkeit gegenüber Uran-, Gas- und Öllieferungen. Und es entsteht viel weniger CO₂ bei der Strom- und Wärmeproduktion.

GEMEINSAM GEWONNEN

Eine Energiewende – oder das, was wir heute darunter verstehen müssen –, den Atomausstieg und das Gorleben-Aus hätte es ohne unser aller Engagement nicht gegeben. Im Atomausstiegsjahr wollen wir das mit euch allen feiern.

Am Freitag, dem 3. Juni wird an den Atomanlagen in Gorleben die letzte „Kulturelle Widerstandspartei“ stattfinden. Es wird ein buntes Treiben rund um das ehemalige Greenpeace-Schiff „Beluga“ geben, drei Bühnen mit bekannten Bands, Kinderspace, Treckerfahrten, Theater und Kleinkunst. Ein letztes Mal, dafür richtig groß. Weil wir gemeinsam gewonnen haben. Die Probleme sind nicht vorbei, dass wissen wir alle. Der Jahrtausende strahlende Atommüll steht in mehr als einem Dutzend unsicheren Lagerhallen im ganzen Land verteilt. Die Genehmigungen dafür laufen bald aus. Ob mithilfe des aktuellen Endlagersuchverfahrens tatsächlich ein „sicherer Ort für die Ewigkeit“ gefunden wird, bleibt zweifelhaft. Es ist nicht vorbei.

Wir werden deshalb am 3. Juni um 16 Uhr ein letztes Mal den Blick auf das alte Bergwerk richten, um dann mit einer großen Demonstration unter dem Motto „Tschüß Endlager – auf zum Protest gegen das unsichere Zwischenlager!“ vor den zweiten Atomkomplex von Gorleben zu ziehen.

Wir laden euch alle herzlich ein, mit uns zu feiern. Es ist auch eure Party!



Die letzte Kulturelle Widerstandspartei

Pfingstfreitag • 3. Juni 2022 • ab 14.00 Uhr an den Atomanlagen Gorleben

alle Infos: kulturelle-widerstandspartei.de

Feste Programmpunkte

14.00 Uhr • Gorlebener Gebet

16.00 Uhr • Demo: „Tschüß Endlager – auf zum Protest gegen das unsichere Zwischenlager!“

Livemusik

- Kettcar
- Hundreds
- Mal Elévé
- Rainer von Vielen
- Brass Riot
- Gastone
- Reggiedemie
- Laturb
- New Wonders
- Heinz Ratz
- Klaus der Geiger
- Gerd Schinkel
- Hör zu
- Gute Katze, böse Katze
- Virker Ikke
- und ein Special Guest...

Events

- Die BI gibt einen aus
- Theaterbus
- Kleinkunst
- Treckerfahrten zu „1004“
- Politische Stände
- Kinderspace





Atomausstieg und Gorleben-Aufgabe feiern!

Im Sommer finden zwei Anti-Atom-Radtouren statt

Atomausstieg Noch vor dem Abschalten der letzten Atommeiler in Deutschland Ende dieses Jahres, will die bundesweite Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt zusammen mit lokalen Initiativen das endgültige „Aus“ feiern. Dazu plant sie zwei Fahrradtouren. Das Ende der ersten Tour markiert ein großes Abschaltfest in Gorleben am 30. Juli. Für die Wendländer:innen ist das Fest eine weitere Gelegenheit, das Herausfallen des Salzstocks Gorleben aus der Endlagersuche gebührend zu feiern.

Protestbewegungen sind nicht sonderlich geübt darin, eigene Erfolge zu feiern, zumal es ja meist noch genug Kritikwürdiges gibt, wenn ein Teilerfolg erreicht wurde. So ist es auch 2022, wenn die letzten kommerziellen Atomkraftwerke in Deutschland vom Netz gehen. Die bundesweite Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt will das Feiern trotzdem wagen und zusammen mit lokalen Initiativen und anderen Umweltorganisationen an vielen atompolitisch bedeutenden Orten den kommenden Ausstieg feiern und gleichzeitig auf die bleibenden Herausforderungen und aktuellen Konflikte hinweisen.

.ausgestrahlt möchte darum im Sommer mit zwei Fahrradtouren die Orte großer Erfolge mit Orten, an denen es atompolitisch weiter brennt, verbinden. Aber bei allen ungelösten Problemen: Das Feiern soll nicht zu kurz kommen. „Wer sich bewusst macht, gegen welch mächtige Gegner:innen die Anti-Atom-Bewegung einst angetreten ist, der und die kann gar nicht anders, als sich mächtig zu freuen“, so Armin Simon von .ausgestrahlt.

Per Fahrrad geht es zuerst in Norddeutschland und danach in Süddeutschland in insgesamt

sechs Wochen zu noch laufenden AKWs, bereits abgeschalteten Reaktoren, verhinderten Kraftwerken, Atommüll-Zwischenlagern, Deponien für „freigemessene“ strahlende Abfälle, potenziellen Standorten für ein geologisches Tiefenlager, Atomfabriken, Firmensitzen der Atomindustrie und grenznahen Atomanlagen in den Nachbarländern.

.ausgestrahlt bedauert es, nicht wirklich alle Orte der Anti-Atom-Geschichte anfahren zu können: „Leider ist Deutschland zu groß, um alle Orte, die Anti-Atom-Geschichte geschrieben haben oder die noch aktuelle Brennpunkte sind, in einem Sommer miteinander zu verbinden. Und .ausgestrahlt ist nicht groß genug, um mehrere Touren parallel zu organisieren“, so die Organisation. Deshalb sind weite Teile Ostdeutschlands (etwa Lubmin oder die Wismut-Region), weite Teile Bayerns (etwa Wackersdorf, Grafenrheinfeld, Garching und Ohu) und die Mitte rund um Würgassen, Grohnde, Schacht Konrad, Asse und Morsleben – zumindest dieses Jahr – nicht dabei.

Höhepunkt aus Sicht des wendländischen Widerstands ist das große Abschaltfest in Gorleben als Schlusspunkt der „Anti-Atom-

Radtour Nord“. Zusammen mit der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg lädt .ausgestrahlt für den 30. Juli zur großen Feier an den Atomanlagen über dem jahrzehntelang umkämpften Salzstock Gorleben ein.

Die Tour bietet die besondere Gelegenheit, dass sich Gruppen verabreden, die irgendwann in den letzten Jahren oder Jahrzehnten gemeinsam in der Bewegung aktiv waren oder es immer noch sind, sei es in einer Bürgerinitiative, einer Bezugsgruppe oder sonstwie. Für viele Menschen waren bestimmte Ereignisse in der Auseinandersetzung um die Atomkraft prägend für ihre politische Biographie.

„Deshalb unsere Bitte“, so .ausgestrahlt: „Überlege, mit wem Du aktiv warst oder immer noch bist und verabrede Dich mit Deinen Mitstreiter:innen für kleinere oder größere Abschnitte der Tour – oder auch nur für den einen Etappenort, der für Euch besondere Bedeutung hat.“

Die Daten der Anti-Atom-Radtour Nord

Weitere Infos und Angaben zur Radtour Süd auf: www.ausgestrahlt.de/aktiv-werden/anti-atom-radtour-2022

(Kilometerangaben sind Circa-Werte, alle Angaben sind vorläufig)

Sa., 9. Juli 2022, 35 km

Tihange bis Lüttich/Liège

Tihange: belgisches Riss-AKW

So, 10. Juli 2022, 65 km

Lüttich via Maastricht bis Aachen

Aachen: Hauptstadt des deutschen Tihange-Widerstands

Mo, 11. Juli 2022, 60 km

Aachen via Jülich bis Keyenberg

Jülich: Kernforschungszentrum und Zwischenlager Keyenberg: Vom Abbagern bedrohter Ort, Anti-Atom- trifft Klimabewegung

Di, 12. Juli 2022, 45 km

Keyenberg bis Krefeld

Krefeld: Castor-Schmiede

Mi, 13. Juli 2022, 65 km

Krefeld bis Kalkar

Kalkar: Schneller Brüter verhindert

Do, 14. Juli 2022

Bus-Transfer Kalkar bis Ahaus

Fr, 15. Juli 2022, 75 km

Ahaus über Gronau bis Lingen

Sa, 16. Juli 2022

Ruhetag Lingen

So, 17. Juli 2022, 60 km

Lingen bis Wipplingen

Wipplingen: Salzstöcke Wahn, Lathen, Börger, Teilgebiete der Standortsuche

Mo, 18. Juli 2022, 65 km

Wipplingen bis Bad Zwischenahn

Bad Zwischenahn: Salzstock als Teilgebiet der Standortsuche

Di, 19. Juli 2022, 55 km

Bad Zwischenahn bis Esenshamm

Esenshamm: AKW-Abriss und Zwischenlager

Mi, 20. Juli 2022, 65 km

Esenshamm bis Bremen

Bremen: Großstadt mit Anti-Atom-Geschichte

Do, 21. Juli 2022, 40 km

Bremen bis Taaken

Taaken: Salzstock als Teilgebiet der Standortsuche

Fr, 22. Juli 2022, 65 km

Taaken bis Stade

Stade: AKW-Abriss

Sa, 23. Juli 2022, 50 km

Stade bis Brokdorf

Brokdorf: Abgeschaltetes AKW und ZL

So, 24. Juli 2022, 65 km

Brokdorf bis Hamburg-Altona

Großstadt mit Anti-Atom-Geschichte

Mo, 25. Juli 2022, 75 km

Hamburg-Altona bis Lübeck

Lübeck: Deponie für Atomschutt

Di, 26. Juli 2022, 70 km

Lübeck bis Krümmel

Krümmel: AKW-Abriss, Zwischenlager und Ex-Kernforschungszentrum

Mi, 27. Juli 2022, 55 km

Krümmel über Bahlburg bis Lüneburg

Bahlburg: Salzstock als Teilgebiet der Standortsuche

Lüneburg: An der Castorstrecke, Teilgebiete der Standortsuche

Do, 28. Juli 2022, 40 km

Lüneburg bis Hitzacker

Castorwiderstand

Fr, 29. Juli 2022, 40 km

Hitzacker, Dannenberg, Gorleben

Dannenberg: Castor-Verladekran
Gorleben: Zwischenlager, verhindertes Atommüll-Bergwerk

Sa, 30. Juli 2022

Abschaltfest in Gorleben





Schweigen im Walde

Die Nachrüstung von Sicherungsmaßnahmen für das Zwischenlager in Gorleben stockt

Zwischenlagerung Dickere Wände für die Castor-Lagerhalle, eine zusätzliche Schutzmauer um das Transportbehälterlager, Umzug technischer Einrichtungen der Anlagensicherung – vieles wurde versprochen, wenig geschieht.

Die Energiewerke Nord in Lubmin bei Greifswald haben kürzlich die Antragsunterlagen für den Neubau eines Atommüll-Zwischenlagers für hochradioaktive Abfälle beim zuständigen Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) eingereicht. Sie können ab sofort von Jedermann und -frau eingesehen werden. Der Neubau ist erforderlich, weil die bestehende Lagerhalle aufgrund der Statik und der baulichen Situation nicht gegen die seit Jahren bestehenden erhöhten Anforderungen zum Terrorschutz nachgerüstet werden kann. Das neue Zwischenlager kommt mit einer Wandstärke von 1,80 Metern einer Verbunkerung der hochradioaktiven Abfälle nahe und wird das „robusteste Zwischenlager in Deutschland“ sein, so die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI).

Es soll damit den Vorgaben des Bundesumweltministeriums zur möglichen „Einwirkung Dritter“ auf ein Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle Rechnung getragen werden: „Zu bestimmten Angriffsszenarien im Nahbereich der Transport- und Lagerbehälter, die zu Schutzzielverletzungen führen können, hat sich die Bewertung und Erkenntnislage derart verändert, dass die Sicherungsmaß-

nahmen optimiert werden müssen. Dazu werden bauliche Maßnahmen und – bis zu deren Umsetzung – temporäre Maßnahmen durchgeführt.“

Die BI begrüßt den Schritt des Entsorgungswerks für Nuklearanlagen (EWN) als „notwendig und vorausschauend“. „Diese Lager müssen für Jahrzehnte, bis zur Inbetriebnahme eines Endlagers einen hinreichenden Schutz bieten. Deshalb ist völlig unverständlich, wie mit dem Zwischenlager in Gorleben umgegangen wird.“ Die BI setzt sich seit langer Zeit dafür ein, dass das Zwischenlager in Gorleben mit seinen geringen Wand- und Deckenstärken von 0,2 bis 0,5 Metern – wie das baugleiche Lager in Ahaus – zumindest nachgerüstet wird, jedoch ohne Erfolg. „Alle Mahnungen, die wir an die zuständige Atomaufsicht, das niedersächsische Umweltministerium in Hannover, gerichtet haben, für mehr Sicherheit zu sorgen, sind bisher verpufft.“

Für zusätzliche Irritationen sorgte ein Fachbeitrag des BASE zum Thema „Wandstärke“ der Zwischenlager, in dem behauptet wird, dass die Wandstärken nicht der entscheidende Punkt bei der Sicherung der Atomanlagen gegen Unglücksfälle oder terroristische Angriffe wären. „In diesem

Beitrag wurde geflissentlich weggelassen, wie es um die Wandstärken in Ahaus und Gorleben steht“, so ein Sprecher der BI. „Seit Veröffentlichung des BASE-Beitrags versuchen wir, seitens des Atommüllbundesamtes eine Klarstellung beziehungsweise eine Korrektur des Beitrags zu erwirken, doch es herrscht – wie in Gorleben selbst – Schweigen im Walde.“

Es gehe nicht allein um die Wandstärken, so die BI, falsch sei auch die Aussage des BASE, dass die Wandstärken auch in Verbindung mit dem eingelagerten radioaktiven Inventar stünden. „Dann müsste man wohl Gorleben mit den dünnen Wänden räumen, denn unseres Wissens nach stehen dort die meisten Behälter, und im Vergleich zu anderen Zwischenlagern ist dort die ‚meiste‘ Radioaktivität konzentriert.“ Die Befürchtung der BI Lüchow-Dannenberg: Der Fachbeitrag soll mit Blick auf 2034, in dem eine Weitergenehmigung des Lagers in Gorleben erforderlich ist, suggerieren, dass auch die alten Zwischenlager weiter genehmigungsfähig sind. „Das kommt nicht von Irgendwo, das hat das BASE mit Bedacht so publiziert. Umso wichtiger ist es, früh und deutlich zu widersprechen und

Nachrüstung oder, wie in Lubmin, Neubau zu fordern.“

Unterdessen gibt es auch Ärger um die Pilotkonditionierungsanlage (PKA) in Gorleben – und der könnte mit dem Schweigen um die Nachrüstung der Castorhalle zusammenhängen. Die PKA am Zwischenlager Gorleben sollte einst der Konditionierung und endlagergerechten Verpackung von Atommüll dienen. Sie ist nie in Betrieb gewesen und darum nicht kontaminiert. Spätestens seit Gorleben als Endlagerstandort ausschied, steht fest: Die Anlage ist nicht nur technisch völlig veraltet, sondern auch überflüssig. Darum, so kündigte es SPD-Umweltminister Olaf Lies gemeinsam mit der Betreiberin, der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), bereits im Jahr 2019 an, soll die PKA auch abgerissen werden.

Dass der Rückbau erst 2026 erfolgen soll, löste schon damals breite Kritik aus.

Nun hat die grüne Landtagsabgeordnete Miriam Staudte aus dem Wendland eine kritische Resolution des Lüchow-Dannenberg Kreistags zum Anlass für eine Anfrage an die Landesregierung genommen. „Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Stilllegung erst 2026 möglich sein soll. Der Betrieb der unnützen Anlage kostet jährlich über 6 Millionen Euro. Das ist ein eklatanter Verstoß gegen das Prinzip von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, dem Bund und Land unterliegen.“

Die Antworten des Landes brachten öffentlich wenig bekannte Argumente zutage. Die Genehmigung eines neuen Reparaturkonzept soll bereits vor dem Jahr 2025 abgeschlossen sein. Die Pilotkonditionierungsanlage sei zusätzlich jedoch auch für den Schutz der Zwischenlager hoch- und mittelaktiven Mülls vor terroristischen Gefahren und Einwirkungen Dritter unabdingbar. In der PKA befinde sich demnach „ein Teil der technischen Einrichtungen der Anlagensicherung“, so das Ministerium. Um die genehmigungsrechtliche Verknüpfung aufzuheben, müsse ein neues Gebäude errichtet und die „noch in der PKA befindlichen technischen Komponenten zur Anlagensicherung dort installiert werden“.

Nahezu zeitgleich mit der Antwort aus Hannover hat auch Dr. Karl Weis vom Bundesministeri-

um für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz auf eine Anfrage der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg geantwortet: „Die Anlagensicherung der kerntechnischen Einrichtungen der BGZ am Standort Gorleben umfasst entsprechend dem geltenden Regelwerk eine Vielzahl von aufeinander abgestimmten baulichen, technischen, personellen und administrativen Maßnahmen. Ein Teil der technischen Einrichtungen der Anlagensicherung befindet sich in der PKA. Diese sollen zukünftig in einem neuen Anlagensicherungsgebäude, der Sicherungszentrale, untergebracht werden. Diese wurde mit der atomrechtlichen Änderungsgenehmigung zur Nachrüstung des Zwischenlagers Gorleben genehmigt. Die Baugenehmigung liegt ebenfalls vor. Nach Errichtung der neuen Sicherungszentrale können die noch in der PKA befindlichen technischen Komponenten zur Anlagensicherung dort installiert werden. Zusätzlich muss noch die Sicherheitstechnik der neuen Schutzwand dort untergebracht werden. Dies wird in den Jahren 2024/2025 erfolgen. Sobald die behördliche Freigabe für deren Inbetriebnahme vorliegt, kann die Verknüpfung der PKA mit der Anlagensicherung aufgelöst werden. Dies wird nach der derzeitigen Planung 2026 erfolgen.“

Staudte und BI-Sprecher Wolfgang Ehmke zeigten sich nach Bekanntwerden der neuen Fakten gleichermaßen verärgert: „Es ist nicht nachvollziehbar“, so Staudte, „warum dieser Aspekt bislang nicht gelöst ist. So schwierig kann das ja nicht sein.“ Bislang gebe es keine lösungsorientierte Debatte, ob eine schrittweise Stilllegung der PKA deutlich vor dem Jahr 2026 möglich und sinnvoll sei. Staudte erinnert an die Beweggründe für die langjährigen Proteste gegen die PKA: „Wir wollen ausschließen, dass dieser Restposten des Atomzeitalters jemals in den heißen Betrieb geht und als Atommüll entsorgt werden muss. Zudem geht es darum, die Betriebsausgaben in Millionenhöhe schnellstmöglich zu stoppen. Das finale Ziel ist der Rückbau zur grünen Wiese, um diese einseitige Vorfestlegung auf den Standort Gorleben unwiederbringlich abzubauen.“ Auch Wolfgang Ehmke fand klare Worte: „Der Stand-



► Pilotkonditionierungsanlage (PKA)



► Castorhalle (TBL = Transportbehälterlager), aka „Kartoffelscheune“

ort der Sicherheitswarte für das Castorlager innerhalb der PKA wurde bisher verschwiegen. Umso dringender ist der Neubau der Sicherheitswarte in Verbindung mit den seit Jahren angekündigten Härtungsmaßnahmen, also dem Bau einer zehn Meter hohen Schutzmauer rund um die Castorhalle. Offensichtlich knirscht es da zwischen dem örtlichen Bauamt und der BGZ, das ist völlig unverantwortlich“. Auch über diese zusätzliche Schutzmaßnahme in Form einer hohen Betonmauer gibt es nur spärliche Informationen und keinen konkreten Zeitplan, obwohl sie doch als Maßnahme nach den Terroranschlägen in New York beschlossen wurde – vor über 20 Jahren! Auch hier gilt also: Schweigen im Walde!

►||
Quellen
 Entsorgungswerk für Nuklearanlagen
 Bundesumweltministerium
 BASE
 Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung
 Bündnis 90 / Die Grünen
 eigene Recherchen

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de

Zeig' deinen Protest

Aus aktuellem Anlass kann bei der BI gegen Spende neues Protestmaterial bestellt werden:

- Aufkleber im Format 196x65 mm
- Schilder im Format 420x140 mm

Mein! zu Krieg und Aufrüstung

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name Vorname
Straße Hausnummer
PLZ, Ort E-Mail
Datum Unterschrift

Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (4 x im Jahr) und weiteres Infomaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

einmalig EUR

monatlich EUR

Kontoinhaber Name der Bank

BIC IBAN

Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an die oben genannte Adresse schicken.